



Inhalt

SCHWERPUNKT EUROPA 2014

- 6 Green New Deal
- 8 Freizügigkeit – ein europäisches Grundrecht
- 9 Europäische Bürgerinitiative gegen Ökozid
- 10 Berlin und die europäische Förderpolitik
- 12 Das Berliner Wahlkampfnetzwerk
- 13 Mut zum Fundraising

THEMEN AUS BERLIN

- 14 Herausforderung wachsende Stadt
- 16 Ein „Dritter Weg“ für das Tempelhofer Feld
- 18 Große Koalition schwächt das Parlament
- 19 Netz erst recht! Bürgerenergie in Berlin
- 20 Zeitbombe Personal
- 22 Auf die Lehrkräfte kommt es an
- 24 Berlin im NSU-Sumpf?!
- 26 Direkte Demokratie 2014

NEWS aus den KVen & LAGen

- 28 Flüchtlinge in Kreuzberg
- 28 Spandau: S-Bahn-Verbindung nach Falkensee
- 29 Bündnisgrüne ChristInnen für Pluralismus der Werte
- 29 neuer Vorstand in Charlottenburg-Wilmersdorf

NEWS AUS DER FRAKTION

- 30 Notruf 112
- 30 Trinkwasserpreise in Berlin
- 31 Zum zweiten Mal: Hatun-Sürücü-Preise
- 32 Das Chaos am BER geht weiter
- 32 Kitplätze in Berlin
- 33 A100 ungeschminkt

ADRESSEN & TERMINE

- 34 Landesarbeitsgemeinschaften
- 35 Kreisverbände



© Shutterstock/Leoks

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

unser Schwerpunkt dieser Ausgabe steht ganz im Zeichen der Europawahl. Wir finden: Es lohnt sich, aus Berliner Sicht auf die EU und auf Europa zu schauen – ergänzend zum Schrägstrich der sich übergreifend dem Thema widmet. Wir beschäftigen uns unter anderem mit der Debatte um die Freizügigkeit, die hier vor Ort eine besondere Rolle spielt oder mit dem „Green New Deal“, der sozialen und ökologischen Transformation unserer Wirtschaft. Wir fragen, wie Berlin ganz konkret von EU-Programmen profitiert. Und die Ereignisse in der Ukraine und auf der Krim zeigen, dass Frieden und Demokratie in Europa keine Selbstverständlichkeit sind. Ein starkes gemeinsames Parlament für das 28 Nationen ihre VertreterInnen wählen ist historisch eine große Chance. Hier knüpfen auch unsere Artikel zur Europäischen Bürgerinitiative oder zur Direkten Demokratie an.

Außerdem gibt es ein Interview mit unseren Fraktionsvorsitzenden, Antje Kapek und Ramona Pop, über die Halbzeitbilanz des Senats und der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus. Rot-Schwarz war angetreten mit dem Versprechen der Verlässlichkeit. Wenige Tage nach der Senatsbildung musste der erste Senator zurücktreten, Großprojekte scheitern, im Winter ging der Kulturstaatsekretär, der Steuern hinterzieht... Was wollen und tun wir Grünen?

Viele weitere Themen von der Parlamentsreform über Personalentwicklung im öffentlichen Dienst bis zu Möglichkeiten direkter Beteiligung findet Ihr auf den folgenden Seiten. Und natürlich verfolgen wir unsere „Dauerbrenner“ wie den Flughafen BER oder den Kampf um eine nachhaltige Planung in Tempelhof oder den gemeinwohlorientierten Ausbau des Berliner Stromnetzes.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen. Wie immer freuen wir uns über Eure Reaktionen, am besten per E-Mail: stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Uta Belkuis & Matthias Tang

IMPRESSUM 1/2014, 36. Jahrgang Nr. 189
Herausgeber Bündnis 90/Die Grünen, Berlin
Redaktionsanschrift Tel: +49.30.61 50 05-0 (LGS), Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Erscheinung März 2014 **Auflage** 5 000
Redaktionsschluss 20. März 2014
Druck Oktoberdruck (100% Recyclingpapier)

Redaktion Matthias Tang (V.i.S.d.P.), Uta Belkuis (CvD), Detlef Fritz, Christian Kölling, Susanne Wollin-Giering
Bildredaktion www.nicolaschaller.de
Magazinkonzept Uta Belkuis
Cover Kalle Erlacher

Leserbriefe bitte per Email senden an: stachlige-argumente@gruene-berlin.de
 Die einzelnen Beiträge der AutorInnen geben die Meinung der jeweiligen VerfasserInnen wieder und nicht notwendigerweise die der Redaktion.

➔ für Kurzenschlossene

Was ist die grüne Erzählung?

Gespräche, Podien > Welche originären und originellen Geschichten haben die Grünen und das grüne Umfeld zu erzählen? Was ist die grüne Erzählung etwa von „Freiheit“, von „Gerechtigkeit“ oder von „ökologischer Transformation“?

Freitag, 4. April 2014 18.00-22.00 Uhr
Samstag, 5. April 2014 9.00-19.00 Uhr
 Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße, 8
 Anmeldung/Infos unter www.boell.de



© Ralf Roletschek

➤ Fakten zur Europawahl

- **Wahltermin:** 22.-25.05.2014
- Zu wählende **Abgeordnete** (MdEPs): 751
- **Europa** = 4 284 730 km²
- Bevölkerung in 2012: 503,7 Millionen
- Bevölkerungsdichte 2012: 135 Einwohner/km²

- **Wahlbeteiligung 2009**
- Europa gesamt 43,0%
- Deutschland 43,3%
- **Höchste** Luxemburg 90,8%
- **Geringste** Slowakei 19,6%

➤ 2009: Verteilung der 736 Abgeordneten

■ EPP (CDU/CSU)	36,0%	265 Sitze
■ S&D (SPD)	25,0%	184 Sitze
■ ALDE (FDP)	11,4%	84 Sitze
■ EGP (Grüne)	7,5%	55 Sitze
■ EKR	7,3%	54 Sitze
■ GUE/NGL (Linke)	4,8%	35 Sitze
■ EFD	4,4%	32 Sitze

- **Aus Deutschland entsendet:**
- CDU 30,7% 34 Sitze
- SPD 20,8% 23 Sitze
- Grüne 12,1% 14 Sitze
- FDP 11,0% 12 Sitze
- Die Linke 7,5% 8 Sitze
- CSU 7,2% 8 Sitze



Green New Deal – Warum Europa ihn heute mehr denn je braucht

Sechs Jahre sind ins Land gegangen, seit Achim Steiner, Direktor des UN-Umweltprogramms, den Global Green New Deal ankündigte und wir Grüne diese Idee in Deutschland und Europa populär gemacht und konkretisiert haben. Die Idee fand breiten Anklang, weil sie so klug wie eingängig ist: Die internationale Finanzkrise werden wir nur überwinden, wenn wir die zentralen Herausforderungen der Klima-, Finanz- und Ernährungskrise zusammendenken und aufeinander abgestimmte Lösungen finden.

Dennoch müssen wir heute ernüchert feststellen: Die Finanzkrise hat durch ihre Entwicklung zur Euro(päischen Schulden)krise die anderen Themen stark in den Hintergrund gedrängt und damit eine umfassende und wirklich nachhaltige Lösung der Krisen in weite Ferne gerückt.

Dabei ist der Green New Deal nötiger denn je Selbstverständlich sind Reformen im Finanzsektor dringend notwendig. Aber sie allein reichen nicht aus, um die Weltwirtschaft wieder in eine Balance zu bringen. Wenn wir es nicht schaffen, die fortschreitende Klimaerwärmung aufzuhalten und zugleich den Hunger in der Welt zu bekämpfen, ist die nächste Finanzkrise absehbar.

Bleibt allein die Frage, ob wir es wegen der spürbar zunehmenden Umweltkatastrophen eher mit einer Versicherungskrise zu tun bekommen oder ob die Rohstoffspekulation durch die Decke schießt, oder, oder, oder...

Mit Energie- und Klimapolitik gegen die Krise
Ohne den Green New Deal steht die europäische Klimapolitik still. Zahlreiche EU-Staaten stecken in existenziellen Wirtschaftskrisen. Als Konsequenz daraus ist der Europäische Emissionshandel praktisch zum Erliegen gekommen. Es gibt zwar noch ein europäisches Klimaziel von 40 Prozent CO₂ Einsparung, aber kein verbindliches Ausbauziel für die Erneuerbaren mehr. Ebenso wenig gibt es überhaupt eine europäische Zielsetzung, die Energieeffizienz zu erhöhen.

Stattdessen wird den Krisenländern und deren Energieversorgern durch umfangreiche Privatisierungsaufgaben die Energiewende erschwert; sie brauchen aber Erleichterungen und Anregungen. Wenn beispielsweise Ölkraftwerke in Griechenland teuer verkauft werden sollen, dann ist das kaum vereinbar mit einem ambitionierten Ausbau der Photovoltaik.

So also rächt sich diese kurzatmige Krisenpolitik der EU doppelt: Weil sie die Probleme heute nicht ernsthaft löst, sondern vielmehr neue, wirtschaftlich teurere Probleme schafft. Und es gibt nicht nur Stillstand, sondern sogar Rückschritt! In Deutschland steigen seit 2012 die Treibhausgase wieder! Wir wollen rund 400 Mrd Euro in die europäische Energiewende investieren, um die jährlichen Öl- und Energieimporte der EU in gleicher Höhe sukzessive zurückzufahren.

Über 400 Mrd Euro hingegen gibt die EU Jahr für Jahr für den Import von fossilen Rohstoffen aus. Statt das Geld auf Nimmerwiedersehen nach Russland, Norwegen oder auf die Arabische Halbinsel zu überweisen, sollten wir das Geld schlauer und effizienter investieren: In Infrastruktur, die Europa fit macht für die Zukunft. Wir wollen die Europäische Investitionsbank finanziell so ausstatten, dass sie jährlich Kredite von insgesamt 400 Milliarden Euro in die Kernbereiche Erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz, moderne Netzinfrastruktur sowie Innovation und Bildung geben kann. Das sorgt beiläufig für unzählige Arbeitsplätze mit Zukunft in ganz Europa.

Der Green New Deal nützt auch Deutschland

Gelingt uns die Energiewende in Europa, dann wird sie auch in Deutschland weniger kosten, indem wir beispielsweise von leistungsfähigen Energienetzen profitieren. Zudem kann uns der Green New Deal selbst entlasten: Wenn die Krisenländer durch den erst einmal wieder wirtschaftliche Impulse erfahren, endet auch hierzulande die latente Geldvernichtung, die Sparer in Deutschland durch Niedrigstzinsen schon viel zu lange erleben. Wir dürfen nicht warten, bis die sich in Berlin bereits abzeichnenden Gefahren der Immobilienspekulationsblase Realität und Bedrohung zugleich werden. Viele Sparer haben die Flucht ins „Betongold“ angetreten und lassen sich nur umleiten, wenn die Zinsen wieder steigen.

Ohne Agrarwende in Europa kein internationaler Green New Deal
Europäische Agrarfabriken und deutsche Massentierhaltung produzieren nicht nur in Deutschland Jahr für Jahr neue Lebensmittelskandale: Sie sind Ergebnis einer verfehlten Europäischen Agrarpolitik mit weltweit verheerenden Folgen für Ernährung, Gesundheit, Umwelt und Klima. Der Weltagrarrat vollzog schon 2008 den notwendigen Paradigmenwechsel: „Nicht die industrielle, sondern die bäuerliche, gentechnikfreie Landwirtschaft kann das Welternährungsproblem lösen, wenn sie entsprechende Unterstützung für eine ökologische Effizienzsteigerung erhält.“ Darum müssen wir die Agrarwende beschleunigen.

Allein in Deutschland verfüttern landwirtschaftliche Betriebe laut „Fleischatlas 2013“ (Heinrich-Böll-Stiftung) jedes Jahr 70 Millionen Tonnen Getreideeinheiten. Ein Drittel des Futters wird importiert, damit in Deutschland Fleisch auf den Tisch kommt. Eingeführt wird vor allem gentechnisch verändertes Soja aus Südamerika. Und die Nachfrage danach steigt kontinuierlich. Der Preis hat sich seit 1990 vervierfacht. Soja ist an der Chicagoer Börse zu einem der bedeutendsten Spekulationsobjekte geworden.

Darum muss die europäische Agrarpolitik verhindern, dass durch unsere Futtermittelimporte in den Herkunftsländern großflächige Naturwälder und bäuerliche Strukturen zerstört werden. Auch darum verdient die Massentierhaltung in Europa nicht auch noch Förderung durch Steuergelder. Wir dürfen nicht kostbare Zeit verlieren, sondern sollten alles dafür tun, die Tierhaltung auf artgerechte und flächenschonende Weise umzustellen. Wir sind erst am Ziel, wenn Europa sich mit Eiweißfuttermitteln selbst versorgen kann - das ist auch ein Gebot der internationalen Humanität und Fairness. Klimaschutz, globale Gerechtigkeit und Massentierhaltung passen nicht zusammen. Der Green New Deal bietet die besseren Lösungen.

Lisa Paus, MdB, Stellv. Koordinatorin des Arbeitskreis Wirtschaft und Soziales, Mitglied und Obfrau im Finanzausschuss und Mitglied im Europaausschuss.

Die Grünen/
Europäische Freie Allianz
www.greens-efa.eu

- Fraktion im Europaparlament
58 Mitglieder aus 15 Ländern, derzeit die viertstärkste Fraktion. Dazu gehören grüne Bewegungen (47), Vertreter staatenloser Nationen (7) und unabhängige Mitglieder (4)
- Ko-Fraktionsvorsitzende: Daniel Cohn-Bendit (Frankreich), Rebecca Harms (Deutschland),

Erste Stellvertretende Fraktionsvorsitzende: Jill Evans (GB), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende: Marije Cornelissen (Niederlande), Bas Eickhout (Niederlande), Ulrike Lunace (Österreich), Michèle Rivasi (Frankreich), Raül Romeva i Rueda (Spanien), Claude Turmes (Luxemburg)

European Green Party
www.europeangreens.eu

- Dazu gehören 46 Grüne Parteien, nicht nur aus EU-Staaten. Das Council besteht aus 120 Vertretern, auf Basis europäischer/nationaler Wahlen von den Mitgliedsparteien entsandt. Jede Partei hat mindestens zwei Delegierte.
- Das Committee besteht aus neun Mitgliedern und ist für die tägliche Arbeit verantwortlich.
- Ko-Vorsitzende: Reinhard Bütikofer (D), Monica Frassoni (Ital), Generalsekretärin: Jacqueline Cremers (Niederlande); Schatzmeisterin: Lena Lindström (Schweden)
- fünf weitere Mitglieder aus Frankreich, United Kingdom, Spanien, Finnland, Belgien

Freizügigkeit – ein europäisches Grundrecht



© Fotolia, Ale Rizzo

Wirtschaftsverbände fordern unter dem Schlagwort „Fachkräftemangel“ die Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen in der Europäischen Union, Rechtspopulisten schüren mit dem Schlagwort „Armutseinwanderung“ die Fremdenangst. Demgegenüber hat die Abgeordnetenhausfraktion der Grünen auf ihrer Klausurtagung ein klares Bekenntnis zur Freizügigkeit als Grundrecht aller EU-BürgerInnen ausgesprochen, Vorschläge für die Berliner Politik entwickelt.

Die Zahlen der Wirtschaftsverbände sagen: Die Bundesrepublik ist Nutznießer der Freizügigkeit. Ende 2013 fehlten nach Angaben der IHK schließlich allein in Berlin 59000 Fachkräfte, nicht nur AkademikerInnen, sondern Fachpersonal der unterschiedlichsten Branchen. Nur mit mindestens 400.000 ZuwanderInnen nach Deutschland jährlich lassen sich Wirtschaftskraft und Wohlstand halten.

Rechtspopulisten produzieren die Probleme, die sie angeblich bekämpfen. Dennoch wollen nach einer Infratest-Umfrage 48 Prozent der Bundesbürger die Zuwanderung einschränken. Die Propaganda der Rechtspopulisten trägt Früchte, und die Politik gibt ihnen auch noch nach, etwa durch Arbeitsverbote für BürgerInnen neuer EU-Mitgliedsländer. Das Resultat: Die Menschen kommen trotzdem, sind aber vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen, verdingen sich als „illegale“ Dumpinglöhner. Die Probleme einer so genannten Armutszuwanderung werden also gerade von denen verursacht, die mit markigen Sprüchen diese Probleme angeblich verhindern wollen!

Allein mit Wirtschaftsdaten lassen sich Ängste in der Bevölkerung aber offensichtlich nicht ausräumen. Deshalb sagen die Grünen zunächst: Die Europäische Union ist mehr als eine Wirtschaftsunion, sie ist vor allem ein Friedensprojekt, die Antwort auf den Hass und den Rassismus des Zweiten Weltkrieges. Und: Die attraktive Dynamik einer Stadt wie Berlin beruhte immer auf Zuwanderung – von Menschen aus allen Teilen Deutschlands, aus der EU, aus Ländern außerhalb der EU.

Statt Dumpinglöhne für Zuwanderer ein gesetzlicher Mindestlohn für alle. Natürlich gibt es auch Probleme, ist manche Kommune mit neuen sozialen Brennpunkten konfrontiert. Doch dem kann man im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ wirkungsvoll begegnen – wobei die Bundesregierung versprochene finanzielle Unterstützung nun zügig umsetzen muss. Und gegen Dumpinglöhne für Zuwanderer hilft der Mindestlohn für alle.

Auf Berliner Ebene wollen die Grünen:

- Eine Willkommenskultur mit niedrigschwelligem Angeboten in den Ämtern; die Ausländerbehörde muss sich von einer Ordnungs- zu einer Dienstleistungsbehörde wandeln.
- Ausländische Berufsabschlüsse sind unbürokratisch anzuerkennen.
- Arbeitssuchende erhalten passgenaue Qualifizierungs- und Betreuungsangebote.
- Erfolgreiche Beratungsstellen sind langfristig zu sichern.
- Fremdenfeindlichkeit ist überall durch zielgerichtete Maßnahmen zu bekämpfen.

Nicht zu leugnen ist aber: So, wie Deutschland und Berlin von der Zuwanderung gewinnen, so verlieren die ärmeren EU-Länder durch die Abwanderung. Auch das ist nicht in deutschem Interesse. Deshalb sagen die Grünen: Die EU muss sich endlich zu einer Sozialunion entwickeln, die allen BürgerInnen überall gleichwertige Lebensbedingungen gewährt.

Zusammenfassung eines Fraktionsbeschlusses, Detlef Fritz, Redaktion

Die Mär von der Zuwanderung in die Sozialsysteme

Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist die Arbeitslosenquote unter osteuropäischen ZuwanderInnen in wirtschaftlich prosperierenden Regionen nicht anders als in anderen Bevölkerungsgruppen. In Berlin, Duisburg und Dortmund hingegen erhalten 20 Prozent der Rumänen und Bul-

garen wegen schlechter Bezahlung Hartz IV-Gelder als ergänzende Sozialleistungen. Bundesagentur für Arbeit: 53 Prozent der Zuwanderer arbeiten zu einem Lohn, der weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohnes beträgt. Mit Mindestlohn gebe es weniger Hartz-IV-Empfänger.



Illustration: Nicola Schaller

Auf nationaler Ebene gibt es das durchaus: Gesetze gegen Luftverschmutzung, zur Reinhaltung des Wassers und der Böden. Was in der Europäischen Union dagegen fehlt: Ein Gesetz, das über die Ländergrenzen hinweg ein Ökosystem als Ganzheit begreift und schützt, seine – fahrlässige oder bewusste – Zerstörung zum Straftatbestand erklärt. Für ein solches Gesetz kämpft die Europäische Bürgerinitiative „End Ecocide in Europe“, „Stopp den Ökozid in Europa“.

Rund 400 AktivistInnen haben sich dafür zusammengefunden, werden unterstützt unter anderem von Rebecca Harms, der grünen Fraktionsvorsitzenden im Europaparlament, Kumi Naidoo, dem Geschäftsführer von Greenpeace International, von Organisationen wie dem Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND oder der österreichischen Sektion von ATTAC. Das erste Etappenziel: Bis September sollen eine Million Unterschriften für eine Petition an das Europäische Parlament gesammelt werden.

Aktuelle Fälle von Ökozid

Europäische Bürgerinitiative kämpft für ein Gesetz gegen den Ökozid

Internationaler Strafgerichtshof für Umweltverbrechen

Dazu macht sich die Bürgerinitiative „End Ecocide in Europe“ auch für die am 30. Januar von mehreren Umweltorganisationen unterzeichnete „Charta von Brüssel für die Schaffung eines Europäischen und eines Internationalen Strafgerichtshofs für Umwelt und Gesundheit“ stark. Beim für den 23. September in New York geplanten Klimagipfel sollen die dafür gesammelten Unterschriften dem UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon übergeben werden. Aber was würden ein europäisches Gesetz gegen den Ökozid, ein europäischer bzw. internationaler Strafgerichtshof konkret bedeuten? Ein gravierender Unterschied zur bestehenden Rechtslage: Firmenchefs, die aus Profitinteresse einen Ökozid begehen oder billigend in Kauf nehmen, PolitikerInnen oder Verantwortliche aus der Verwaltung, die einen solchen Ökozid genehmigt oder geduldet haben, sollen nach den Vorstellungen der Europäischen Bürgerinitiative auch persönlich für ihr Handeln haftbar gemacht werden. Eine solche persönliche Verantwortung gibt es bisher nicht.

Auch die Finanziere von Umweltzerstörung sind haftbar zu machen

Das künftige europäische Gesetz soll auch nicht erst nach einer Umweltkatastrophe greifen. Verboten werden sollen schon alle Aktivitäten werden, bei denen der begründete Verdacht besteht, dass sie verheerende Folgen für die Umwelt haben können. Das trifft zum Beispiel auf das Fracking zu. Verboten

wäre demnach auch der Einsatz von Pestiziden etwa aus der Gruppe der Neonicotinoide. Diese Insektizide sind nach Ansicht vieler Experten zwar Verursacher des Bienensterbens – doch in Europa immer noch erlaubt.

Bei dem von der Bürgerinitiative gewünschten Gesetz geht es aber um noch mehr als auf dem Gebiet der EU begangene Umweldelikte und Verbrechen. Strafbar machen sich EU-Bürger und in der EU registrierte Firmen danach nämlich auch dann, wenn sie den in Europa verbotenen Raubbau an der Natur in Afrika oder Asien betreiben bzw. durch die Finanzierung solcher Projekte ihren Profit erwirtschaften. Mehr Informationen über die Bürgerinitiative findet man im Internet auf www.endecocide.eu. Da kann man auch online die Petition unterschreiben.

- Ansprechpartner in Berlin: per E-Mail unter: ralf.lottes@gmx.net.
- Seine Unterschrift für einen Strafgerichtshof für Umweltverbrechen gibt man ab unter: <http://iecc-tpie.org/de>.

Silvia Murach, Pressesprecherin, Bürgerinitiative

Rumänien: In Rosia Montana sollen unter massivem Einsatz von Zyanid Gold, Silber und andere Edelmetalle abgebaut werden. Zurück bleiben hochgiftiger Schlamm und verseuchte Gewässer. Finnland: Im Bergwerk Talvivaara wird seit 2006 – mit Genehmigung der Behörden – Nickel abgebaut.

Illegal erfolgt durch die Betreiber ab 2008 der Abbau von Uran. Die Gewässer der Region sind nun mit Nickel und Uran belastet. Makedonien: Beim Bau einer Wasserkraftanlage in einem Nationalpark (!) wird der Fluss, die wichtigste Wasserversorgung der dortigen Tierwelt, trocken gelegt.

Berlin profitiert von europäischer Förderpolitik



Nachdem die EU-Kommission Ende 2013 den Finanzrahmen für Strukturfördermittel verabschiedet hat, ist auch die Höhe der Zuwendungen für Berlin für die nächste Förderperiode 2014-2020 bekannt gegeben worden. Die Stadt erhält 215,089 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds und 635,213 Mio. aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Das in der nächsten Förderperiode geringere Mittelvolumen erklärt sich durch die verbesserte Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation Deutschlands. 2007-2013 standen Berlin noch circa 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung: 875,6 Millionen für EFRE, 335,9 für ESF.



Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

Der EFRE ist das wichtigste EU-Fördermittel und dient der Regionalförderung um wirtschaftliche und soziale Unterschiede der Regionen auszugleichen und den Zusammenhalt in der EU zu stärken. Innovation und Wettbewerb, Arbeitsplätze und eine nachhaltige Entwicklung stehen im Vordergrund der Förderung. Das spiegelt sich auch in dem für Berlin festgelegten Förderziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ mit folgenden Förderschwerpunkten wider:

- Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und von Gründungen (Unterstützung der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen und von Neugründungen, um Arbeitsplätze zu schaffen)

- Innovationen und wissensbasierte Wirtschaft (Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen, Innovationsnetzwerken und Technologietransfer, Entwicklung der Informations- in die Wissensgesellschaft)
- Integrierte Stadtentwicklung (Unterstützung von sozioökonomisch schwachen oder aber chancenreichen Gebieten)
- Umwelt (Unterstützung von umweltfreundlichen Maßnahmen, die den Standort Berlin attraktiver machen, z.B. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, Entwicklung von Umwelttechnologien, Schutz der Gewässer, Sicherung der Biodiversität)
- Technische Hilfe (Zur Sicherung der Wirksamkeit und effizienten Umsetzung der Finanzierung).

Berliner Beispiele ESF:

- Das Projekt „Urbane Landschaft“ zur Freiflächenaufwertung in Marzahn-Hellersdorf soll der Entwicklung naturschutzgerechter Landschaftspflege und eines attraktiven Landschaftsbildes dienen und zudem urbane landwirtschaftliche Arbeitsplätze schaffen.

- „Berliner Mauer – Vergangenheit und Gegenwart“ beinhaltet die Entwicklung einer Online-Anwendung zur Berliner Mauer, um unter anderem den für Berlin relevanten Mauertourismus zu stärken.



Europäischer Sozialfonds

Der Europäische Sozialfonds (ESF) hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeitsplatzsituation zu verbessern, neue und bessere Arbeitsplätze zu schaffen und somit den Zusammenhalt Europas zu erhöhen und Unterschiede zwischen den Regionen anzugleichen. Maßnahmen zur Vollbeschäftigung und zur qualitativen Verbesserung der Arbeitsplätze stehen im Vordergrund des ESF, wobei besonders Projekte zu den Themen Bildung und Weiterbildung, Einbeziehung nicht erwerbstätiger Menschen in den Arbeitsmarkt, Beseitigung sozialer Ausgrenzung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Nichtdiskriminierung gefördert werden.

- Steigerung der Anpassungs-/Wettbewerbsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen sowie Unternehmen zur besseren Vorwegnahme des wirtschaftlichen Wandels
- Stärkung/Förderung des Humanvermögens
- Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt Soziale Eingliederung von Benachteiligten Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt
- Technische Hilfe

Bilanz und Aussicht

In der Förderperiode 2007-2013 sollten insgesamt 875,6 Millionen Euro für EFRE-Mittel eingesetzt werden:

- _ Wettbewerbsfähigkeit 271,7 Mio. €
- _ Innovationen 312,3 Mio.
- _ Stadtentwicklung 176,2 Mio.
- _ Umwelt 80,4 Mio.
- _ Technische Hilfe 35,0 Mio.

Berliner Beispiele EFRE:



Die 335,9 Mio. Euro ESF-Mittel sollten wie folgt aufgeteilt werden:

- _ Wettbewerbsfähigkeit 38,3 Mio.
- _ Humanvermögens 148,7 Mio.
- _ Zugang zum Arbeitsmarkt 135,5 Mio.
- _ technische Hilfe 13,4 Mio. Euro.

Da bisher nicht alle Mittel der letzten Förderperiode verausgabt wurden, können noch bis Ende 2015 Gelder in Anspruch genommen werden !!

Fördermittelvergabe

Für **ESF-Mittel** können sich Institutionen oder Organisationen bewerben. Nur Projekte, nicht aber Privatpersonen werden gefördert (mit Ausnahme der Existenzgründung). Dafür aber können Einzelpersonen die vom ESF geförderten Maßnahmen und Projekte zur Qualifizierung und Weiterbildung nutzen, insofern sie Berliner BürgerInnen sind.

EFRE-Mittel andererseits werden an Unternehmen vergeben, die ihren Sitz in Berlin haben. Dazu werden auch gemeinnützige Träger und Einrichtungen und öffentliche Einrichtungen mit Sitz in Berlin gefördert.

Die EU-Förderung durch ESF und EFRE, die an Deutschland ausgezahlt wird, muss grundsätzlich durch nationale Mittel ergänzt werden. Am Beispiel des ESF bedeutet das, dass, abhängig von der Region, maximal 75% der Gesamtkosten eines jeweiligen Projektes aus ESF-Geldern gefördert werden können. Die restlichen 25% müssen dann aus nationalen Mitteln zugesichert werden.

Quellen:
> www.berlin.de/sen/strukturfonds
> www.esf.de

- „Berlin wird kreidefrei“ ermöglicht IT-gestützten interaktiven Unterricht an Berliner Schule, in dem interaktive Whiteboards eingesetzt werden. > 5 200 Whiteboards in Berlin, über 70% aller Berliner Schulen beteiligt

- Auch aus EFRE-Mitteln finanziert sind z.B. Energieeffizienzmaßnahmen zur Umweltentlastung beim Großen Tropenhaus im Botanischen Garten.

Unser Wahlkampfnetzwerk Berlin

Wahlkampf bedeutet nicht nur Plakate aufhängen und an Ständen diskutieren, sondern auch viel Organisieren. Denn die Plakate müssen bestellt, die Freiwilligen gemanagt und Rechnungen bezahlt werden. Viel Arbeit, von der man, wenn sie gut organisiert ist, nichts bemerkt.

Einiges davon geschieht über unser Wahlkampfnetzwerk (WKN), das es in der jetzigen Form erstmals im Bundestagswahlkampf 2013 gab, als der Landesvorstand den Austausch zwischen den Parteigliederungen mit einer gemeinsamen Arbeitsgruppe auf eine solide Basis stellte. Hier sind jeweils eine VertreterIn pro Bezirk, meistens die WahlkampfmanagerInnen, die SpitzenkandidatInnen (oder deren Mitarbeiter), VertreterInnen der Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen) und der Grünen Jugend vertreten, sowie die beiden Landesvorsitzenden und die Landesgeschäftsstelle. Im Kern ist das WKN ein reines Organisationsgremium für den Wahlkampf, das die Kommunikation zwischen der Bezirks- und Landesebene und zu den LAGen, die vor allem ihre thematische Fachkompetenz in den Wahlkampf einbringen, verbessern soll.

Fragen des Wahlkampf-Alltags

Dabei soll es als nicht hierarchisches Netzwerk nicht nur vom Landesvorstand erfahren, wann z.B. Plakate und die Wahlkampfzeitung geliefert werden und welche großen Veranstaltungen wie die Wahlkampfparty es wann wie und wo gibt. Die Kreisverbände und LAGen sollen sich so auch untereinander besser austauschen können, über Ideen für gemeinsame Aktionen informieren und anderen Gliederungen Material an-

bieten; auf einem WKN-Treffen oder im Artikelpool im Wurzelwerk. Es gibt außerdem Angebote für thematische Schulungen, von denen im Bundestagswahlkampf mehrere von den LAGen und FachpolitikerInnen organisiert wurden. Es werden auch wichtige praktische Fragen diskutiert, wie die nach dem Umgang mit zerstörten Plakaten. Außerdem werden dem WKN lange vor der Öffentlichkeit die Wahlkampfplakate und die Wahlkampflinie des Bundesverbandes vorgestellt. 2013 kämpften wir energisch für ein anderes Plakat zum Thema „Mieten“, weil uns der Entwurf des Bundesverbandes nicht gefiel. Über das WKN konnten wir ein eigenes Mietenplakat entwickeln. Dieses Jahr wurden wir früher eingebunden und konnten Plakatentwürfe kritisch diskutieren.

Ansprechpartner für die Landesarbeitsgemeinschaften

Das WKN kümmert sich hauptsächlich um organisatorische Fragen, die vor allem für die Bezirke wichtig sind. Aber auch für die LAGen ist es ein wichtiger Ort, um sich mit ihrer fachlichen Kompetenz frühzeitig in die Wahlkampfplanung des Landesverbandes und der Bezirke einzubringen und allen thematische Angebote zu machen. Bereits Im Bundestagswahlkampf führte das zu gemeinsamen Aktionen von Kreisverbänden, KandidatInnen und LAGen, wie Briefwahlaktionen vor Universitäten oder „Überwachungsspaziergänge“.

*Axel Bussmer,
Sprecher LAG Demokratische Rechte,
ein Mitglied für die LAGen im WKN*

Lesetipps für Wahlkampfenthusiasten



Medien im Wahlkampf
In der Publikation untersuchen Experten wie Rieke Havertz, Joachim Raschke, Ralf Tils, Thomas Leif u.a. höchst aufschlussreich die Rolle der Medien im Wahlkampf 2013.

Hrsg. von Thomas Leif und Jan Engelhardt
In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung u.a., 1. Aufl. 2014, 130 Seiten
Bestellung: buchversand@boell.de
Internet: www.boell.de



Höllennritt Wahlkampf
Ein Insider-Bericht – Frank Stauss, dtv, 2013
Der Autor ist Mitinhaber der Kommunikationsagentur BUTTER (Düsseldorf/Berlin) und hat zahlreiche SPD-Wahlkämpfe

im Bund und den Ländern begleitet. Er bietet spannende Hintergrundinformationen und viel Diskussionsstoff, wie aus seiner Sicht Wahlkampf funktioniert. Interessant auch seine Erfahrungen zu Berlin 2011.



Erfolgreich Wahlkämpfen
E-Dossier mit Beiträgen von Renate Künast, Michael Kellner, Franziska Eichstädt-Bohlig, Gerhard Schick, Infratest Dimap, TNS Infratest, AG Wahlkampf u.a. Herausgabe: Uta Belkuis

Blick zurück: kurz & prägnant – Blick nach vorn: Was für Wahlkämpfe nicht nur in Berlin wichtig ist – Analysen, Konzepte, Visionen
Download unter www.gruen-kulturell.de

Mut zum Fundraising – Wie erreichen wir UnterstützerInnen?

Auch wenn die Notwendigkeit Geld und Hilfe zu „sammeln“ bei manchen ein mulmiges Bauchgefühl auslöst, viele Menschen geben gern: Spenden, Leistungen, Dinge. Pro Jahr kommen in Deutschland in diesem Sinne ca. sieben Milliarden Euro zusammen!

Natürlich ist der Konkurrenzdruck im Bereich Sponsoring sehr groß. Christine Wetzels, unsere Fundraiserin beim Bundesverband, hat deshalb Zahlen und Fakten zusammengetragen, um Euch geistiges Rüstzeug zu geben. Und sie gibt viele nützliche Tipps (nicht nur auf dieser Seite), die die praktische Arbeit erleichtern sowie Stolpersteine vermeiden lassen. Ihr könnt Vorträge anfragen oder Euch mit konkreten Projekten an Sie oder bei Unternehmenskontakten auch an Daniel Holefleisch wenden.

Der (persönlich) adressierte Postbrief

- Wofür: Spenderbindung, Anschrift bekannter, (weniger) regelmäßiger SpenderInnen
- Kosten: verhältnismäßig bei einfachem Brief
- Response: je nach Adressauswahl und Anschreiben bis 10%, Richtwert 5%
- Wurzelwerk: Checkliste & Tipps, Brief

Telefon – persönliche Spenden-Anruf

- Für: Mobilisierung, NeuspenderInnen, kurzfristige Finanzierung ganz konkreter Aktion
- Kosten/Aufwand: aufwändig in der Orga aber überaus lohnend
- Response sehr hoch – Achtung SEPA
- Vorteil: sehr persönlich, herausfinden, was Mitglieder möchten, Alternative anbieten, nebenbei Kontakt- und Adresspflege

Wer spendet wie viel?

– in Deutschland ca. 6-7 Mrd. €/Jahr
– 128€ durchschnittliche Spende/Kopf 2011, Tendenz steigend (1995/78€)
– RentnerInnen spenden besonders viel, Spenderquote liegt bei 35%
– immer weniger Leute spenden immer mehr >> Bedeutung der Spenderbetreuung und -bindung

NeuspenderInnen werden häufig über Freunde direkt oder im Internet gewonnen (weniger durch einen klassischen Brief)

Der Newsletter

- Für: Spenderbindung, Anschrift bekannter, (weniger) regelmäßiger SpenderInnen, Info, Neuspender
- Aufwand & Effektivität: stark abhängig von Gestaltung und Bindungsgrad
- kurzer Unterstützungsaufruf in bestehendem Format dauert 5 Minuten!
- oft geringe Wahrnehmung – aber Chance, auch Neuspender zu gewinnen

Sonstige Methoden

- Die Spenden-SMS
- Fördermitgliedschaft, Dauerspender
- Mitgliederzeitung
- Veranstaltungen

Wofür spenden wir?
– Humanitäre Hilfe 75%
– Kultur/Denkmal 7,8%
– Tierschutz 5,8%,
– Umwelt 3,8%
– für politische Zwecke 3% (200 Mio) (Quelle: Statistisches Bundesamt 2013 für 2009)

Wann spenden wir?
– Die meisten helfen gern, wenn sie gebeten werden
– Wir spenden, wenn uns eine Geschichte berührt
– „Was viele machen, kann nicht schlecht sein“

Warum wir spenden?
– Verantwortung für etwas tragen
– Bewusstsein der eigenen privilegierten Situation > etwas zurückgeben
– mit Kultur des Gebens verbunden sein
– uns besser fühlen
– Bindung an eine Gemeinschaft
– Identifikation mit wichtigen Zielen

„Spenden ist Herzensnicht Kopfsache!“ Menschen wollen persönlich angesprochen werden.

Spenden-Tool auf der Webseite

- Für: Initiativspenden, Nichtmitglieder, Angebot Spendenoption über Newsletter, eMails, Facebook, twitter usw., Link auf Printprodukten
- Kosten: je nach Tool verschieden
- www.gruene.de/kv-spendentool
- Resultate stark abhängig von Bewerbung, einige Initiativspenden

*Kurzmitschrift eines Vortrages,
Originalartikel von Christine Wetzels
>> im Wurzelwerk*

Fragen, Infos und Anregungen zu **Privatspenden oder Fundraising im KV** an christine.wetzels@gruene.de oder zu **Unternehmensspenden, Sponsoring** an daniel.holefleisch@gruene.de
Vieles auch im **Wurzelwerk** >>
Offene Gruppe „Fundraising im KV“

Informationen zu Europa

Bundeszentrale für politische Bildung

Die **euro|topics-Presseschau** blickt täglich in die europäische Presse und zitiert die wichtigsten Stimmen. Dabei zeigt sie, welche Themen Europa bewegen und spiegelt eine Vielfalt an Meinungen, Ideen und Stimmungen wider.
www.eurotopics.net

Wahl-0-mat – Onlinetest zur Frage, welche Partei am besten die eigenen Ziele repräsentiert. Da vor allem programmatische Sachthemen einfließen und Kompetenzen weniger, ist das Ergebnis nicht immer objektiv, aber auf jeden Fall interessant zu diskutieren. Ab 28.4.
www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-0-mat

Wissenwertes zum Spenden

- Von den über 4 Milliarden Euro Spenden, die im Jahr 2004 steuerlich geltend gemacht wurden, galten 7,5% politischen Zwecken (Statistisches Bundesamt).
- Wir Grünen nahmen 2012 rund 4 Millionen Euro ein, knapp 11% unseres Budgets (ohne Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge).

Die durchschnittliche Privatspende an die Grünen liegt zwischen 100 und 150 Euro.
Online spenden besonders viele Nicht-Mitglieder und ErstspenderInnen.

Herausforderung wachsende Stadt

Die bisherige Wahlperiode war für den rot-schwarzen Senat keine Erfolgsgeschichte. Justizsenator Braun musste kaum gewählt schon zurücktreten, der Flughafen BER ein einzige Desaster, ein Staatssekretär hat Steuern hinterzogen. Trotzdem scheinen Klaus Wowereit und Frank Henkel fest im Sattel zu sitzen. Wie kommt's?

■ **Antje:** Dass die beiden fest im Sattel sitzen, ist erst einmal eine Behauptung, die zu beweisen wäre. Ich glaube, beide hangeln sich taumelnd von einer Krise zur nächsten.

■ **Ramona:** Die Sozialdemokraten sind nicht in der Lage, ihren angeschlagenen Bürgermeister zu ersetzen. In der SPD toben die Nachfolgekämpfe, das lähmt die Berliner Politik.

■ **Antje:** Wowereit hat den richtigen Zeitpunkt für seinen Abgang verpasst. Jetzt stellt sich nur noch die Frage, wie viel schlimmer kann es noch werden? Beim Flughafen gibt es die ersten Stimmen, die meinen, das Ding wird niemals fertig.

Warum bleibt es in Sachen Flughafen so ruhig in der Stadt und im Parlament? Außerhalb Berlins schütteln alle nur den Kopf. Wo bleibt die viel zitierte Wechselstimmung?

■ **Ramona:** Die Berlinerinnen und Berliner sind vielleicht besonders leidenschaftlich, aber natürlich machen sich die Menschen in der Stadt Sorgen, weil es richtig viel Geld kostet. Das einzig sichere beim BER ist: Die nächste Rechnung kommt bestimmt. Das ist Geld, das an anderer Stelle fehlt. Dazu kommt der riesige Imageschaden für die Stadt.

Der Start der grünen Fraktion schien nicht gerade gelungen. Der Realoflügel und der linke Flügel waren sich im wahrsten Sinne des Wortes nicht grün, ein Jahr lang hatte die Fraktion mit Ramona nur eine Vorsitzende. Hat sich die Lage beruhigt?

■ **Ramona:** Nach der Wahl 2011 gab es eine doppelte Enttäuschung. Wir hatten unsere Wahlziele nicht erreicht und wurden bei den Koalitionsverhandlungen von der SPD vor die Tür gesetzt, übrigens nicht wegen uns: Klaus Wowereit fehlten bei seiner Wahl mindestens vier Stimmen aus den eigenen Reihen. Rot-Grün mit zwei Stimmen Mehrheit hätte so nicht funktioniert. Diese Enttäuschung hat Auseinandersetzungen freigesetzt, da ging es auch um die grundsätzliche Ausrichtung. Aber wir haben uns als Fraktion zusammengerauft und sind bei den meisten Themen die Taktgeber.

■ **Antje:** Die Frustration über die Koalitionsgespräche herrschte bei allen vor, das war nicht so einfach zu verarbeiten. Aber unser Umgang damit war auch nicht unbedingt lobenswert. Zweieinhalb Jahre später muss man feststellen: Das ist Schnee von gestern. Wir arbeiten wieder alle sehr konstruktiv miteinander.

Der Umgang mit den Flüchtlingen auf dem Oranienplatz wird kontrovers diskutiert. Welche Fehler macht der Senat? Muss Berlin Probleme lösen, die gar nicht in der Stadt entstanden sind?

■ **Antje:** Mit Sicherheit tragen wir da ein Problem aus, das nicht im Bezirk zu lösen ist, wahrscheinlich nicht einmal auf der Landesebene, sondern auf der Bundes- und Europaebene.

Da Berlin aber vor dem Problem steigender Flüchtlingszahlen steht, muss auch das Land einen Umgang damit finden. Man kann Flüchtlinge doch nicht unter Brücken schlafen lassen, man muss versuchen, sie menschenwürdig unterzubringen. Wir Grünen standen und stehen für einen humanen Umgang mit den Flüchtlingen, wir haben immer auf Dialog gesetzt und nicht auf Eskalation. Und das versuchen wir auch auf dem Oranienplatz.

■ **Ramona:** Richtig ist: Immer mehr Menschen fliehen vor Krieg, Hunger und Verfolgung. Aber es ist Unsinn und gefährlich, von einer „Flüchtlingswelle“ zu sprechen, die auf Berlin zukommen würde. Wir haben jetzt so viele Flüchtlinge wie vor zehn Jahren. Berlin hat in den letzten Jahren die Plätze zur Unterbringung der Flüchtlinge abgebaut und jetzt gibt es keine Reserven mehr. Wir Grüne wollen eine humane Flüchtlingspolitik und sind in der Pflicht zu zeigen, dass wir diesen Ansprüchen gerecht werden. Am Ende ist aber der Senat zuständig ist für Fragen von Aufenthaltsrecht, Duldung und Unterbringung.

■ **Antje:** Man darf auch nicht übersehen, dass sich die Flüchtlingsdebatte vermischt mit einer Debatte um Obdachlose und Wohnungslose. Die Anzahl von Wohnungslosen auch nicht-deutscher Herkunft steigt, und die finden sich dann zum Beispiel in der besetzten Gerhard-Hauptmann-Schule wieder.



© Fraktion Die Fraktionsvorsitzenden Antje Kapek und Ramona Pop

Welches sind die Schwerpunkte der Fraktion in der zweiten Hälfte der Wahlperiode?

■ **Ramona:** Berlin verändert sich. Die alte Devise von Klaus Wowereit, arm aber sexy, stimmt nicht mehr. Berlin ist wieder eine wachsende Stadt, die Zahl der Einwohner steigt. Das bringt neue Herausforderungen. Der Wandel betrifft alle Politikbereiche, Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr. Oder Kitas, Schulen, Universitäten. Eine wachsende Stadt ist etwas Schönes, aber diese Entwicklung geht auch einher mit Polarisierungen, mit Schattenseiten, mit sozialen Spaltungen.

■ **Antje:** Wenn sich dieser Trend der wachsenden Stadt bestätigt, wird sich die Frage der Verteilung noch schärfer stellen. Denn obwohl die Wirtschaft wächst, haben wir ein signifikantes Problem mit Armut in Berlin. Schockierend ist, dass die SPD vor sich hin wirtschaftet, wie sie es schon immer getan hat. Dabei hat Berlin so viele kluge Köpfe, die Stadt ist ein Magnet für Kreative,

nicht nur im kulturellen Bereich, auch bei Forschung und Innovation. Diese Kraft muss man nutzen und versuchen, Berlin modellhaft zu entwickeln.

Was sind die wichtigen Probleme, die der Senat nicht anpackt?

■ **Antje:** Wohnen bleibt eines der wichtigsten Themen. Es kann nicht nur darum gehen, neue Wohnungen zu bauen, auch die zugehörige Infrastruktur muss stimmen. Die Leute wohnen nicht nur, sie brauchen einen Bäcker, eine U-Bahn, Kitas usw. Berlin ist nicht nur eine Stadt und ein Bundesland, sondern auch noch Hauptstadt. Aber das merkt man dieser Stadt überhaupt nicht an.

■ **Ramona:** Viel schlimmer noch: Wowereit hat Berlin als Hauptstadt schlecht gemacht. Eigentlich müsste es heißen: Das ist unsere Hauptstadt und sie bekommt genug Geld, um eine Visitenkarte Deutschlands zu sein. Ich fürchte, dass wir eine neue Hauptstadtdebatte bekommen, wenn jetzt der Länderfinanzausgleich neu verhandelt wird.

Nahezu alle Bundesländer sind sich einig, Berlin soll zurechtgestutzt werden. Der Vorwurf lautet: „Berlin kriegt den Flughafen nicht hin, unser Geld wird für Misswirtschaft ausgegeben.“ Das ist eine schwere Hypothek für die Zukunft.

Zum Thema Stadtentwicklung gehört ganz zentral die Frage nach Tempelhof. Wie soll man denn nun abstimmen? Man kann nur Ja oder nein sagen.

■ **Antje:** Antje: Es Gebe aber auch einen dritten, grünen Weg. Für Berlin ist keine der beiden Extrempositionen Käseglocke oder SPD-Einheitsbaupolitik der 80er Jahre die richtige Lösung. Wir wollen einen Plan B oder auch einen Plan T. Es war unsere Initiative, mit den anderen Fraktionen über einen dritten, alternativen Gesetzentwurf zu verhandeln, der am Europawahltag zur Abstimmung stehen soll. Wir brauchen einen Gesetzentwurf, der auf breite Akzeptanz stößt, indem er das Paket der Senatspläne noch einmal aufschnürt. Besonders wichtig ist es, dass der Prozess mit der Abstimmung am 25. Mai nicht vorbei ist, sondern dass wir klären, wie sich die Bürgerinnen und Bürger auch danach einbringen und Einfluss auf die Pläne nehmen können.

■ **Ramona:** In einer solchen Frage, die die ganze Stadt betrifft, wäre es wichtig und gut, wenn die Parteien überfraktionell zusammenarbeiten, anstatt dem ewigen Ritual von Opposition und Regierung zu folgen. Es gibt im Berliner Parlament kaum die Tradition, sich bei Fragen, die von Bedeutung für die ganze Stadt sind, über Parteigrenzen hinweg zu verständigen.

Das Gespräch führte Matthias Tang, Redaktion

→ kleine Zeitschiene

■ **18. September 2011** Abgeordnetenhauswahl (SPD 28,3%, CDU 23,4, Grüne 17,6%, Linkspartei 11,7%, Piraten 8,9%)

■ **11. Dezember 2011** Michael Braun tritt nach nur elf Tagen als Senator für Justiz und Verbraucherschutz zurück.

■ **Mai 2012** Die für den 2. Juni geplante Eröffnung des Flughafens BER wird abgesagt. Ein neuer Termin wird genannt, aber nicht eingehalten. Ausgang weiter offen.

■ **November 2012** Die Chefin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, räumte

ihren Posten, weil in ihrem Amt rechtswidrig Akten vernichtet wurden, die im Zusammenhang mit den NSU-Morden standen.

■ **März 2013** Wilhelm Bender, ehemaliger Chef der Frankfurter Flughafen AG, soll das BER-Chaos entwirren. Nach öffentlichem Streit

über sein Honorar gibt er entnervt auf. Ausgerechnet Hartmut Mehdorn wird neuer Chef der Flughafengesellschaft.

■ **November 2013** Rund 600 000 Berlinerinnen, etwas 200 000 mehr als SPD gewählt haben, stimmen beim Volksentscheid Energie

für eine neue Energiepolitik. Der Entscheid ist trotzdem nicht erfolgreich.

■ **Februar 2014** Kulturstaatssekretär André Schmitz muss zurücktreten, weil er Steuern hinterzogen hat. Klaus Wowereit wusste seit 2012 davon, hielt ihn jedoch im Amt.

Alternative: Ein „Dritter Weg“ für das ehemalige Flughafengelände

Sehen so die Alternativen für die Zukunft des einstigen Flughafens Tempelhof aus: eine siebengeschossige und viel zu dichte Einheitsbebauung an den Rändern des einstigen Flugfeldes, dazu ein Gewerbegebiet im Süden und in der Mitte ein Park - oder sollte alles so bleiben, wie es ist?

Auf große Begeisterung stießen die von Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) in seinem „Masterplan“ entwickelten Bebauungspläne jedenfalls nicht. Die ließen nämlich nicht nur viele der direkt betroffenen AnwohnerInnen um eine lieb gewonnene Freifläche, um ein für das Stadtklima wichtiges Biotop fürchten. Da lag es nahe, Nein zu sagen, so, wie es die Bürgerinitiative „100 Prozent Tempelhofer Feld“ tat. Über 185.328 Unterschriften sammelte die Bürgerinitiative für die Durchführung eines Volksentscheides, der am 25. Mai., dem Tag der Europawahl, die Umsetzung des Masterplans verhindern soll.

Für diesen Volksentscheid haben viele Grüne nicht nur unterschrieben, sondern auch selbst Unterschriften gesammelt, damit den Weg frei gemacht dafür, dass alle BerlinerInnen über die Entwicklung des historischen Flughafengeländes entscheiden können. Nur: Gibt es bei einer Wahl zwischen Masterplan und „100 Prozent Tempelhofer Feld“ wirklich die Möglichkeit, sich für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung zu entscheiden?

Bei den Berliner Grünen kam man früh zu dem Ergebnis: Vernünftige Stadtentwicklung sieht anders aus. Der Flughafen braucht einen „Dritten Weg“, einen Plan, der das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum und sozialer Infrastruktur in den angrenzenden Kiezen ebenso befriedigt wie den Schutz von Grün- und Freiflächen, der mit historischen Spuren und dem dem denkmalgeschützten Flughafengebäude angemessen umgeht.

Im Vorfeld des Volksentscheides machten sich die Grünen nun für diesen „Dritten Weg“ stark. Das Ziel: Das Abgeordnetenhaus verabschiedet rechtzeitig einen alternativen Gesetzentwurf zum Vorschlag der Initiative, das sowohl eine punktuelle Bebauung nach sozialökologischen Kriterien und mit einer breiten Bürgerbeteiligung ermöglicht als auch den Schutz der Freiflächen festschreibt, um den Landschaftscharakter des Feldes zu bewahren. Unterstützung fand der Vorschlag für einen alternativen Gesetzentwurf bei VertreterInnen vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) sowie auch bei der Architektenkammer und dem Bund der Landschaftsarchitekten. Mit ihrem Vorstoß für einen „Dritten Weg“ hätten die Grünen, wie deren Landesvorsitzende Bettina Jarasch sagte, einmal mehr gezeigt, dass sie gestalten wollen und mit konstruktiven Vorschlägen kluge Kompromisse erreichen können.

Ohne Bürgerbeteiligung funktioniert kein Großprojekt

Landesvorstand, grüne Abgeordnetenhausfraktion und auch die grüne BVV-Fraktion des unmittelbar betroffenen Bezirkes Tempelhof-Schöneberg unterbreiteten frühzeitig auch etliche praktische Vorschläge, wie der „Dritte Weg“ gestaltet werden könnte. Die grünen Ideen sehen vor: Um die ökologische Funktion des Feldes und seine Aufenthaltsqualität zu bewahren, muss ein Großteil des Geländes, mindestens die gesamte Fläche innerhalb des ehemaligen Taxiways sowie das so genannte Columbiaquartier im Norden, als öffentliche Grünfläche, Natur- und Erholungsraum für alle BerlinerInnen gesetzlich abgesichert werden. Am westlichen und östlichen Rand des Feldes wird innovative Stadtplanung mit sozialem Wohnungsbau ermöglicht. Das Ziel: bezahlbare Mieten, eine „Berliner Mischung“ der Bewohnerschaft. Ein Drittel der Wohnungen steht für Menschen mit Transferleistungen zur Verfügung, ein Drittel geht an Erwerbstätige mit Wohnberechtigungsschein, ein Drittel wird auf dem freien Wohnungsmarkt vergeben.

Der „Dritte Weg“ sieht auch eine gewerbliche Nutzung vor. Allerdings: Auf dem Flughafengelände unmittelbar an S-Bahn und Stadtautobahn darf nur emissionsarmes Gewerbe angesiedelt werden, sollten die infrage kommenden Flächen wegen des aktuellen Überangebotes jetzt auch nur als Potenzialflächen ausgewiesen.

Über die endgültige Verwendung würde frühestens in zehn Jahren entschieden werden. Als wesentliches Element des „Dritten Weges“ benennen die Bündnisgrünen nicht zuletzt: die Beteiligung der BürgerInnen. Die darf sich bei allen neuen Planungen auch nicht auf die üblichen „Werkstatt-Formen“ und das begrenzen, was das Baugesetzbuch ohnehin als Mindestmaß vorschreibt. Sowohl bei der Planung eines künftigen Parks wie aller anderen Projekte muss es ergebnisoffene Beteiligungsverfahren geben, und zwar unter Beteiligung möglichst vieler BürgerInnen, von Verbänden und Experten. Besonders intensiv muss die Bürgerbeteiligung in den angrenzenden Bezirken und Kiezen, zum Beispiel dem Neuköllner Schillerkiez durchgeführt werden. Dort herrscht schließlich schon jetzt Angst vor sozialer Verdrängung, fehlt es an Bildungseinrichtungen, Sportplätzen und sozialer Infrastruktur. Auch die Lösung dieser Probleme muss bei der Diskussion und der anschließenden Gestaltung des Tempelhofer Feldes in Angriff genommen werden.

Grüne Vorschläge sind mehrheitsfähig

Da, wo starke Grüne agieren, lassen sich für den „Dritten Weg“ Mehrheiten organisieren. Am Vorabend der Abgeordnetenhausitzung, in der der Senat erste Kompromissbereitschaft signalisierte, folgte die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg einem Antrag der Grünen, verpflichtete das Bezirksamt, sich gegenüber dem Senat für den „Dritten Weg“ auszusprechen.



© Solveig Maria Ebbinghaus Urban Gardening auf dem Tempelhofer Feld

Gegen den grünen Antrag stimmte nur – mit dem formalen Argument, der Bezirk sei gar nicht zuständig – die SPD. In der Debatte zuvor hatte dagegen selbst die Bezirks-CDU Sympathie für die grünen Vorschläge geäußert, sich letztlich nur deshalb enthalten, weil sie sich nicht gegen Senat und Große Koalition stellen wollte.

Bei Redaktionsschluss war auf Landesebene eine Mehrheit für den „Dritten Weg“ im Abgeordnetenhaus noch nicht in Sicht. Die Grünen können es allerdings schon jetzt als Erfolg verbuchen, dass sie die Große Koalition an den Verhandlungstisch gezwungen haben. Von ergebnisoffener Bürgerbeteiligung wollte die SPD, von sozialem Wohnungsbau

die CDU bei den Verhandlungen zunächst nichts wissen. Fraktionsvorsitzende Antje Kapek über die Verhandlungslinie der Grünen: Kompromissbereit und entschlossen, die Verhandlungen notfalls bis zur letzten Minute zu führen – doch ein Gesetz, das nur den Zweck hat, den bisherigen Masterplan mit einigen kosmetischen Korrekturen über den Volksentscheid zu retten, ist mit den Grünen nicht zu machen. Eine grüne Positionierung zum Volksentscheid ist ohnehin der Landeselegiertenkonferenz vorbehalten.

Zusammenfassung des Beschlusses der Abgeordnetenhausfraktion, Detlef Fritz, Redaktion

➤ Pleiten, Pech und Pannen

Noch vor dem Volksentscheid kassierte der Senat mit seinem Masterplan für das Tempelhofer Feld eine erste juristische Niederlage. Vorgesehen im Masterplan: Ein künstliches Wasserbecken für den Park. Gegen den Bau des Beckens zog der Bund für Umwelt- und Naturschutz BUND vor das Verwaltungsgericht, setzte sich im Eilverfahren

durch. Mit ihrem Urteil legten die Richter das Becken auf Eis. Denn: Die Planer des Senats beriefen sich zwar auf eine vorliegende Baugenehmigung, doch an deren Rechtmäßigkeit hatten die Richter erhebliche Zweifel. Mit dieser Genehmigung hätte man einen Swimmingpool oder einen Springbrunnen bauen dürfen, aber

kein mit dem natürlichen Wasserkreislauf verbundenes neues Gewässer anlegen. Dafür muss es erst eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Planfeststellungsverfahren geben. Das hatten die Senatsplaner aber irgendwie übersehen. Offensichtlich habe die zuständige Oberste

Landesbehörde alle Vorgaben aus Umwelt-, Planungs- und Naturschutzrecht missachtet. Das nur, um einen vom Senat zwar gewünschten aber umstrittenen landschaftsarchitektonischen Entwurf durchzusetzen, kommentierte der BUND das Urteil und forderte als Konsequenz: Die

ganze bisherige Planung für die Freifläche des Tempelhofer Feldes muss noch einmal auf den Tisch. Wie es weitergeht auf dem einstigen Flughafen hat in einem transparenten und ergebnisoffenen Verfahren neu entschieden zu werden.

Die Große Koalition schwächt das Parlament

Oppositionsrechte werden geschwächt

Die Fraktionen können nun viel weniger Themen zum Gegenstand der Parlamentsitzung machen. Außerdem ist Berlin wohl das erste Landesparlament, das die Große Anfrage – entscheidend für den Versuch die Regierung zu stellen - abgeschafft hat. Vorschläge für eine Aktuelle Stunde dürfen nicht mehr begründet werden. Die Änderungen haben bereits dazu geführt, dass sich der Regierende Bürgermeister im Parlament nicht für seine Mitwisserschaft des Steuerbetrugs seines Kulturstaatssekretärs André Schmitz rechtfertigen musste. Für die Opposition wird es noch schwieriger, den Senat in die Auseinandersetzung zu zwingen. Es verfestigt sich die Linie von SPD und CDU, keine eigenen Initiativen mehr zu ergreifen. Von den Regierungsfractionen gewollt, geht der parlamentarische Elan gegen Null.

Mit den neuen Regeln für das Parlament ist vor allem eine Chance vertan worden. Wir Grünen hätten gerne ernsthaft Verbesserungen für unser Berliner Parlament diskutiert. Natürlich in einem Verfahren, an dem die Stadtgesellschaft beteiligt ist und ihre Vorschläge über ein modernes Parlament im 21. Jahrhundert gefragt sind. Ein Parlament, das die Regierung effektiv kontrolliert und die Bürgerinnen und Bürger in seine Entscheidungen mit einbezieht. Dazu würde die Grundsatzentscheidung gehören, ob das Abgeordnetenhaus ein Vollzeit- oder ein Halbtagsparlament sein soll. Von den zurzeit 149 Abgeordneten haben in den großen Fraktionen viele noch einem anderen Halbtagsjob.

Diätenerhöhung durch die Hintertür

Die Ausstattung geht Richtung Vollzeit, die große Anzahl der Abgeordneten spricht für Teilzeit. Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU haben – wie im Bund auch – eine satte Diätenerhöhung beschlossen. Hier in Berlin allerdings durch die Hintertür, verdeckt als Erhöhung der Aufwandspauschale. Dazu gibt es Mittel für Büros und persönliche MitarbeiterInnen. Nicht ernsthaft beraten wurde die Frage, ob das Parlament verkleinert werden sollte. Berlin liegt mit 149 Abgeordneten noch vor Flächenländern wie Hessen mit 110 Sitzen, Niedersachsen (137) oder Baden-Württemberg (138). Und immerhin kostet die neue Ausstattung jährlich etwa zehn Millionen Euro (etwa 20 Prozent des Gesamtetats) mehr. Auch die Rentenanprüche der Abgeordneten sind nicht mit normalen Arbeitsverhältnissen vergleichbar und müssen dringend angepasst werden. Neue MitarbeiterInnen und Büros in der Stadt werden für ein bisschen mehr Präsenz in den Kiezen sorgen – der Preis dafür geht aber zu Lasten einer modernen und lebendigen Parlamentskultur.

*Benedikt Lux, MdB,
parlamentarischer Geschäftsführer*

Die große Koalition ist schlecht für das politische Klima in der Stadt, das parlamentarische Gerüst leidet unter der rot-schwarz. Im Bundestag muss die grüne Fraktion gerade um jede Minute Redezeit kämpfen. Debatten werden so zu „Selbstgesprächen“ der Regierungsfractionen, wo eigentlich über wichtige Entscheidungen politisch gestritten werden sollte. SPD und CDU beschreiten in Berlin noch einen weiteren Pfad, um die Oppositionsrechte gegenüber der Mehrheit zu schwächen.

➔ **Berliner Abgeordnetenhaus**
www.parlament-berlin.de

148 Abgeordnete

SPD	47
CDU	38
Grüne	29
Linkspartei	19
Piraten	15

- **Präsident** Ralf Wieland (SPD),
VizepräsidentInnen Andreas Gram (CDU),
Anja Schillhaneck (Grüne)
- Das Plenum des Abgeordnetenhauses tagt alle vierzehn Tage donnerstags

Netz erst recht!

Gut vier Monate nach dem Volkstscheid über das Berliner Stromnetz sind viele noch immer enttäuscht. Haarscharf ist das Referendum gescheitert. Was dabei unter den Tisch fällt: Obwohl der Entscheid formal nicht erfolgreich war, ist die Auseinandersetzung um das größte Stromnetz der Bundesrepublik nicht verloren.

Genau genommen ist sie noch gar nicht entschieden. Denn die Zukunft des Berliner Netzes ist völlig ungewiss. Darüber entscheidet der Senat erst in den kommenden Monaten, in einem offiziellen Vergabeverfahren: Dann wird das Netz für 20 Jahre an einen der Bewerber vergeben. Ob sich hier der Energiekonzern und bisherige Netzbetreiber Vattenfall durchsetzen wird oder ob das Netz doch in die Hände der Bürgerinnen und Bürger kommt, ist noch völlig unklar.

Neun Millionen Euro für den Netzkauf von BürgerInnen

Was hingegen klar ist: Auch ohne ein bindendes Gesetz ist der politische Druck auf den Senat durch das Referendum hoch. Denn 600 000 Berlinerinnen und Berliner haben für den Rückkauf des Netzes und gegen den alten Netzbetreiber Vattenfall gestimmt. Daran wird auch Klaus Wowereit nicht vorbeikommen. Seine SPD konnte bei der vergangenen Wahl gerade einmal 400 000 Wählerstimmen erringen. Es richten sich also nun alle Augen auf das Vergabeverfahren. Um das Netz bietet nicht nur der alte Besitzer Vattenfall, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger selbst: Mit der Genossenschaft „BürgerEnergie Berlin“, die in Kooperation mit dem Land Berlin das Netz betreiben

➔ **BürgerEnergie Berlin**



© Michael Paul, paulbewegt.de

will. Sind die Stromgenossen erfolgreich, werden die Bürgerinnen und Bürger Miteigentümer des Netzes und könnten so die öffentliche Hand kontrollieren. Außerdem könnte durch den gezielten Einsatz von Gewinnen die Energiewende vorangebracht werden. Denn wenn der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung gelingen soll, braucht es Investitionen in intelligente Stromnetze. Diese Idee kommt an: Bereits jetzt sind ca. neun Millionen Euro für den Netzkauf bereit gestellt.

Politischen Druck steigern

Bevor der Zuschlag für das Netz vergeben wird, müssen Vergabekriterien aufgestellt werden. Hier lässt sich der Senat bislang nicht in die Karten gucken. Trotz des großen Interesses der Berlinerinnen und Berliner – siehe Volkstscheid – hat er die Kriterien für das bereits ein Jahr früher zu vergebende Gasnetz im Schnellverfahren und ohne Beteiligung von Parlament oder Bürgern festgelegt. Und dabei auch noch

einen entscheidenden Fehler begangen: Er hat die Übernahme der Mitarbeiter des alten Netzbesitzers schlichtweg ignoriert. Im Ergebnis sind nun alle neuen Bewerber gezwungen, eigenes Personal nachzuweisen. Das verschafft dem Platzhirschen Vattenfall einen gewaltigen Wettbewerbsvorteil.

Bleibe es auch beim Stromnetz bei diesen Kriterien, würde der Senat die Entscheidung schon so gut wie vorwegnehmen. Entschieden ist darüber allerdings noch nicht, ebenso wenig wie über das Netz. Und in beiden Fällen wird es dabei vor allem darum gehen, wie viele Menschen sich hinter die Bürgergenossenschaft stellen und den politischen Druck auf den Senat weiter steigern. Mehr Informationen zum Stromnetzkauf: www.buerger-energie-berlin.de

*Luise Neumann-Cosel,
ist Mit-Gründerin und Vorstand der
Genossenschaft BürgerEnergie Berlin.*

- Freier, parteiübergreifender Zusammenschluss von BürgerInnen, die sich für eine zukunftsfähige, nachhaltige und demokratische Energiepolitik in Berlin engagieren.
- Ziel: Wenn sich viele BürgerInnen beteiligen, kann das nötige Kapital für den Kauf des Stromnetzes aufgebracht werden.

- In der Genossenschaft hat jedes Mitglied eine Stimme – unabhängig von der Höhe seiner Einlage. Momentan beteiligen sich rund 2000 Personen am Netzkauf der BürgerEnergie Berlin, die gemeinsam bereits knapp neun Millionen Euro dafür bereitgestellt haben. (Stand: 02/2014)

Zeitbombe Personal



© shutterstock/alphasprint

Die Personalpolitik ist eines der großen strategischen Probleme der öffentlichen Verwaltung in den nächsten Jahren. Deren Handlungsfähigkeit ist akut bedroht. Die Debatte dreht sich bisher nur um Stellenzahlen, das Problem geht aber tiefer. Wir können froh sein, wenn wir als Ziel 100 000 Stellen in den nächsten Jahren auch nur annähernd mit Personal besetzen können.

Besetzungsverfahren

Aktuell dauert ein Besetzungsverfahren im Schnitt über sechs Monate. Ein großes Problem ist die Haltung der Personalservicebereiche, grundsätzlich die Bewertung der Stellen innerhalb des Neubesetzungsverfahrens zu überprüfen. Dies führt im Einzelfall zu Verfahrensdauern von bis zu zwölf Monaten. Dieses Verfahren muss verkürzt werden, wenn die kommenden Aufgaben erfüllbar sein sollen.

Glaubwürdigkeit

Die Glaubwürdigkeit der Vorgesetzten und die Verlässlichkeit von Absprachen ist ein wesentliches Element zur Förderung der Motivation. Die Glaubwürdigkeit der Politik und der Verwaltungsspitzen ist bei den MitarbeiterInnen auf dem Nullpunkt. Einen wesentlichen Anteil daran trägt der fehlende Mut zu politischen Schwerpunktentscheidungen. Beispiel: Die Fachverwaltung beschließt gemeinsam mit der Politik einen Aufgabenkatalog und die dazugehörigen Stellenzahlen für die Gesundheitsämter. Die Finanzverwaltung sorgt dann dafür, dass über 200 Stellen davon

nicht zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden die Arbeitsanforderungen aber unverändert beibehalten. Die MitarbeiterInnen spüren, dass ungelöste politische Konflikte auf ihrem Rücken ausgetragen werden.

Sinnvolle und leistbare Arbeit

Nichts ist demotivierender, als ständig vor einem nicht zu bewältigendem Berg von Aufgaben zu stehen. Die Verweigerung der Politik, Stellenausstattung und Arbeitsanforderungen in ein realistisches Verhältnis zu bringen, stellt die meisten MitarbeiterInnen täglich vor die Entscheidung, welche ihrer Aufgaben sie vernachlässigen sollen. Die Verantwortung dafür – bis hin zu Regressfragen – tragen sie individuell. Das ist tödlich für die Arbeitszufriedenheit.

Daneben steht die Sinnhaftigkeit einer Tätigkeit in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Arbeitsmotivation. Beispiel: Ein erheblicher Teil der Arbeitszeit in den Kitakostenstellen wird für die vorgeschriebene jährliche Einkommensüberprüfung der Eltern aufgewandt. Die vom Senat dafür fest-

gesetzten Daten stimmen aber nicht mit den Vorgaben der Steuerbehörden für die Steuerbescheide überein. Die Firma Semtation kommt in einem Gutachten für den Innensenator zu dem Schluss: „Dadurch kommt es oftmals zu erheblichem Zusatzaufwand in der Kommunikation mit den Antragstellern (mehrere Nachforderungen und Erinnerungen) um die notwendigen Einkommensnachweise zu erhalten.“ Aus dieser Erkenntnis wird nun seit mehr als 17 Monaten keine Konsequenz gezogen. Von den MitarbeiterInnen wird dies nur noch als Desinteresse an ihrer Tätigkeit gewertet. Es gibt tausende solcher Vorgänge, um die sich niemand kümmert, die die MitarbeiterInnen frustrieren.

Wertschätzung

Das Gefühl, in der eigenen Arbeit und als Person wertgeschätzt zu werden, ist unabdingbar, um eine Barriere gegen Burn-out und Depression aufzubauen. Zur Wertschätzung tragen nicht nur die Personalführung, sondern auch Fragen der Ausstattung und der Räume bei. Wenn um jeden Bleistift gekämpft wer-

den muss, wenn bei der Abrechnung von Dienstfahrten und Handy eine Misstrauenskultur herrscht, wenn ernsthaft um Dienstfahrtscheine gestritten werden muss, Räume in einem verlotterten Zustand sind und die nächste Teeküche nur zwei Etagen tiefer über ungeheizte Flure erreichbar ist, dann sind das Zustände, die nicht das Gefühl der Wertschätzung der eigenen Arbeit hervorrufen.

Gesundheitsförderung

Das Verständnis der Senatsverwaltungen zum Thema Gesundheitsförderung geht völlig am Thema vorbei. Ausgerechnet die Gesundheitsverwaltung beschreibt ihre Aufgaben wie folgt: „In diesem Sinne liegt der Fokus bei (Einzel-) Maßnahmen der gesundheitlichen Prävention und des Gesundheitsverhaltens, als maßgebliche Faktoren für eine individuelle Ressourcenstärkung... Dort, wo es möglich ist, werden Angebote wie etwa Gymnastik, Nordic-Walking-Gruppen, Massagen usw. angeboten.“ Schön und gut, aber das nützt nichts, wenn die oben beschriebenen krankmachenden Faktoren unbeachtet bleiben.

Nachwuchs

Zu guter Letzt muss geklärt werden, wie mit neuen MitarbeiterInnen umgegangen wird. Der Senat hat sich wie folgt festgelegt: „Ziel ist es, grundsätzlich die Berliner Verwaltung durch selbst ausgebildeten und qualifizierten Nachwuchs für die Anforderungen der Zukunft zu rüsten.“ Natürlich muss ein Großteil der benötigten neuen MitarbeiterInnen

auch im öffentlichen Dienst ausgebildet werden, dies gilt insbesondere für die klassischen Verwaltungsbereiche. Es sollte aber die Chance genutzt werden, insbesondere mittlere Leitungsfunktionen mit erfahrenen und qualifizierten Menschen von außen zu besetzen. Um eingefahrene Wege aufzubrechen, ist dies unverzichtbar. Und dies ist auch aus demographischen Gründen notwendig, denn fast die gesamten Leitungsbereiche gehen in den nächsten Jahren in Pension. Durch die Einstellungspolitik der letzten 15 Jahre gibt es nur sehr wenige eigene Nachwuchskräfte. Aber auch für die selbst ausgebildeten neuen MitarbeiterInnen braucht es Modelle einer sinnvollen Integration in die Arbeit. Sie vereinzelt in bestehenden Arbeitseinheiten mit ihren eingefahrenen Strukturen einzustellen, dürfte nicht der beste Weg sein. Die Integration in neue Modelle der Projektarbeit könnte hier Abhilfe schaffen und würde gleichzeitig das Instrument der Projektarbeit im öffentlichen Dienst stärken. Der öffentliche Dienst wird seine Aufgaben nur mit hochmotivierten, flexiblen und gut ausgebildeten MitarbeiterInnen erfüllen können. Die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, muss endlich von den Verwaltungsspitzen und der Politik als gemeinsame Aufgabe konzentriert angegangen werden, sonst droht dem öffentlichen Dienst in Berlin völliges Ausbluten.

*Oliver Schruoffeneger, MdB,
Sprecher für Kulturwirtschaft*

Aus der Studie der Uni Bielefeld „Sozialkapital – Grundlagen von Gesundheit und Unternehmenserfolg“ (Badura 2008)

Die krankheitsbedingte Abwesenheit im öffentlichen Dienst ist deutlich höher als in vielen anderen Bereichen... Fehlzeiten zeigen nur die Spitze des Eisbergs...

Übertragen auf Berlin: Die durchschnittliche Effektivität der Mitarbeiter liegt bei unter 50% der Arbeitsfähigkeit.

Eine Effektivitätssteigerung wäre möglich, wenn die Rahmenbedingungen eine höhere Arbeitszufriedenheit stimulieren würden.

Geforderte Rahmenbedingungen: Der öffentliche Dienst muss Vorbild für Familienfreundlichkeit werden

Bessere Besoldung – Berlin ist im bundesweiten Vergleich Schlusslicht mit ein bis zwei Stufen unter den entsprechenden Eingruppierungen.

Nutzung der Möglichkeiten der Flexibilisierung der Gehälter (kein einziges Mal genutzt: § 45 BbesG, Möglichkeit einer Zulage für befristete Funktionen).

Rotationsmöglichkeiten in der Verwaltung als Chance zur Weiterentwicklung aber auch zur Entlastung.

Zahlen zum Personal

Berliner Stellen in 2013

Landesverwaltung	104 692
davon Hauptverwaltung	83 784
davon Bezirksverwaltung	20 944
Neubesetzungsbedarf bis 2018	ca. 200 000

Altersbed. Ausscheiden bis 2019

28 795	
davon Hauptverwaltung	22 646
davon Bezirksverwaltung	6 149
Vermutetes Ausscheiden	ca. 35-40 000

Volkswirtschaftliche Kosten durch gesundheitliche Beeinträchtigungen

Untersuchung von Baase (2008)

Die anfallenden Kosten entstehen nur zu 11% durch die Behandlung von Krankheit, zu 8% durch Abwesenheit vom Arbeitsplatz aber zu 80% durch „Präsentismus“ (Baase 2006), also die selbstverordnete Anwesenheitspflicht am Arbeitsplatz!

Auf die Lehrkräfte kommt es an

Das Berliner Schulsystem kommt nicht zur Ruhe. Zu schlecht schneidet Berlin weiterhin in bundesweiten und internationalen Vergleichen ab. Zu groß sind die gesellschaftlichen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Baustellen gibt es viele: frühkindliche Bildung, Sprachförderung, Übergangsverfahren, neue Rahmenlehrpläne, bessere Berufsorientierung und Vermeidung von Diskriminierung, bis hin zur Verwirklichung der größten Bildungsreform deutschlandweit: der Inklusion.

Ein Thema droht jedoch all diese Debatten zu überschatten: Der Lehrkräfte- und ErzieherInnenmangel. Angesichts steigender Schülerzahlen, dieses Jahr sind es bereits 3480 SchülerInnen mehr als im Vorjahr, und der gleichzeitig sehr ungünstigen Altersstruktur der Berliner LehrerInnen-schaft rückt das Thema Fachkräftesicherung immer mehr in den Vordergrund. Die Hilferufe aus einzelnen Schulen mehren sich, und Ende März soll es sogar zu einer ersten Demonstration kommen. Initiatorin ist eine Elterninitiative der Grundschule am Humboldthain, nachdem dort wegen fehlender Lehrkräfte Klassen zusammengelegt werden mussten und die Hortbetreuung am Nachmittag nur eingeschränkt gewährleistet werden konnte.

Den Lehrberuf in Berlin für Nachwuchs attraktiv zu machen ist deshalb das Gebot der Stunde. Nach zähem Ringen hat die Bildungsverwaltung inzwischen endlich begonnen umzusteuern, auch wenn sie offiziell jeden Mangel immer noch dementiert. So werden jetzt die Ausbildungskapazitäten hochgefahren, die Einstellungsverfahren weiter optimiert und Einstellungsgarantien ausgeweitet. Bis auf Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde gelten inzwischen alle Fächer ganz offiziell als Mangelfächer – mit Konsequenzen auch für die Möglichkeiten des Quereinstiegs. Nunmehr können MasterabsolventInnen direkt wählen, ob sie überhaupt noch einen Vorbereitungsdienst absolvieren oder, wie andere QuereinsteigerInnen auch, über eine berufsbegleitende Ausbildung direkt in den Beruf gehen wollen. Das alles wird nicht reichen. Bei vielen neuen ReferendarInnen und QuereinsteigerInnen wird eine angemessene Betreuung notwendig. Auch muss es für die QuersteigerInnen ein Fortbildungsprogramm geben, um insbesondere fachdidaktische Kenntnisse nachzuholen.

Starke Kritik üben wir als Grüne außerdem daran, dass das Fachkräftepotenzial von Personen, die ihren Bildungsabschluss im Ausland erworben haben, viel zu wenig in den Blick genommen wird. Das neue Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse hat hier überhaupt keine Fortschritte gebracht. Nach wie vor gibt es keine passenden Angebote, etwaig fehlende Qualifikationsbausteine nachzuholen.

Demgegenüber dürfen jedoch die aktiven LehrerInnen nicht vernachlässigt werden. Zuvorderst muss der Konflikt mit den angestellten LehrerInnen beigelegt werden. Wir als Grüne setzen uns bereits seit den letzten beiden Jahren stark für einen eigenen Tarifvertrag für diese Lehrkräfte ein. Leider verstecken sich Senatorin Scheeres und Finanzsenator Nußbaum weiter hinter der Tarifgemeinschaft der Länder.

Mehr Erfolg hatten wir beim Thema Lehrer-gesundheit – ein Thema, das angesichts der extrem hohen Krankenstände und hohen Zahl an Frühverrentungen in der Berliner LehrerInnen-schaft mehr Aufmerksamkeit verdient. Erfreulicherweise ließ sich die Senatsverwaltung von uns davon überzeugen, sich neben der Wiedereingliederung von Dauerkranken nun auch der Prävention zuzuwenden. Damit geht einher, sich stärker auf die psycho-sozialen Belastungen von LehrerInnen zu konzentrieren. Jetzt sollen neue Ansätze ausprobiert werden, etwa das von uns vorgeschlagene Modell „SURE“, das in Österreich in der Lehrkräfteausbildung bereits breit eingesetzt wird und mit Methoden wie der Supervision oder der kollegialen Beratung verwandt ist.

Neue Lehrerarbeit: Schule als Labor der Zukunft

Auf mehr multiprofessionelle Teamarbeit an Schulen setzen wir jedoch nicht nur aus Gründen des Gesundheitsmanagements, sondern auch, um den Unterricht weiter zu verbessern und die Inklusion umzusetzen. Deshalb bleibt unser Antrag hoch aktuell, Schulen neue Modelle der LehrerInnenarbeit erproben zu lassen. Wir wollen neue Arbeitszeitmodelle nutzen, um den Schulen Freiraum zu geben, die im Schulgesetz geforderte Qualitätsentwicklung, die interne und externe Kooperation oder die Zusammenarbeit mit den Eltern neu zu gestalten. Bereits im Juni 2012 haben wir dazu den Antrag „Bessere Bildung: Modelle zur „Neuen LehrerInnenarbeit“ gestellt (DRS.-Nr. 17/0479), der im Bildungsausschuss leider immer noch nicht behandelt wurde.

Lehrerbildungsreform 2014: Viel Licht, und ein schwarzer Schatten

Mit der zukünftigen LehrerInnenarbeit sind wir mitten beim Thema Lehramtsausbildung. Berlin hat sich im Februar ein brandneues Lehrkräftebildungsgesetz (LbiG) gegeben. Es enthält viele gute Neuerungen, z. B. das komplett umgekrempelte Studium für das Lehramt an Grundschulen, das sich klar an den Anforderungen der kleinen „Eine Schule für Alle“ und des Klassenlehrerprinzips orientiert. Und: Künftig studieren alle angehenden Lehrkräfte einen Mindestanteil „Inklusion“.



Zeichnung: Freimut Woessner

Es gibt aber auch Kritikwürdiges. Ganz falsch finden wir, dass es zwei verschiedene Studiengänge für Gymnasium und Integrierte Sekundarschule geben wird – obwohl beide grundsätzlich offen stehen und sowohl zum Mittleren Schulabschluss als auch zum Abitur führen. Leider hat sich die CDU mit ihrem Bestreben durchgesetzt, die SchülerInnen früh und klar danach zu sortieren, ob sie studieren gehen oder eine Berufsausbildung machen sollten. Wir konnten uns als Opposition mit unserem Gegen-

entwurf (Drs. 17/1219-1) einer schülerInnen-zentrierten LehrerInnenausbildung leider nicht durchsetzen. Bleibt nur zu hoffen, dass sich das Thema in der Praxis von selbst erledigt: denn von den ExpertInnen der Universitäten konnte niemand sagen, wie sich die Studiengänge für die Sekundar- und Gemeinschaftschulen auf der einen, und die Gymnasien auf der anderen Seite, fachlich und inhaltlich überhaupt unterscheiden könnten...

Stefanie Remlinger, MdB,
bildungspolitische Sprecherin.

Prognose Schülerwachstum

Quelle: Blickpunkt Schule 2013/14

Stand 2013/14 292 632 SchülerInnen
Prognose 2022/23 341 670 SchülerInnen
Am stärksten von Schülerwachstum betroffen sind die Bezirke: Lichtenberg, Pankow und Treptow-Köpenick

Insgesamt gibt es 27 515 Lehrkräfte mit einem Altersdurchschnitt von 49,9 Jahren und rund 10 500 Lehrkräfte die älter als 55 Jahre sind und in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand gehen werden.

NSU-Mordopfer

Enver Şimşek – Blumenhändler, wurde am 9. September 2000 angeschossen. Er starb zwei Tage später im Krankenhaus.

Abdurrahim Özüdoğru – Schichtarbeiter bei Siemens, wurde am 13. Juni 2001 in der Nürnberger Südstadt mit zwei Kopfschüssen getötet.

Süleyman Taşköprü – Obst-/Gemüsehändler, wurde am 27. Juni 2001 in Hamburg-Bahrenfeld mit drei Schüssen ermordet.

Habil Kılıç – Obst- und Gemüsehändler, wurde am 29. August 2001 in München-Ramersdorf erschossen.

Mehmet Turgut – zu Besuch in Deutschland, wurde am 25. Februar 2004 im Rostocker Ortsteil Toitenwinkel mit drei Kopfschüssen ermordet.

İsmail Yaşar – Imbissinhaber, wurde am 5. Juni 2005 in Nürnberg mit fünf Schüssen in Kopf und Herz getötet.

Theodoros Boulgarides – Mitinhaber eines Schlüsseldienstes, wurde am 15. Juni 2005 in München-Westend erschossen.

Mehmet Kubasık – Kioskbesitzer, wurde am 4. April 2006 in der Dortmunder Nordstadt ermordet.

Halit Yozgat – Betreiber eines Internetcafés, wurde am 6. April 2006 in Kassel durch zwei Kopfschüsse getötet.

Michèle Kiesewetter – Polizistin, wurde am 25. April 2007 in Heilbronn getötet.

Außerdem ist die NSU verantwortlich für den versuchten Mord an ihrem Kollegen.

Berlin im NSU-Sumpf?!

Im Zuge der Aufarbeitung des NSU-Komplexes kommen immer noch Ermittlungspannen und Verstrickungen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern ans Licht. Auch Berliner Behörden sind davon betroffen. Trotz zahlreicher Informanten im NSU-Umfeld, waren die Sicherheitsbehörden nicht in der Lage, die Mordserie als rechtsextreme Mordserie zu erkennen geschweige denn zu stoppen.

Im September 2012 wurden erste Versäumnisse der Berliner Behörden öffentlich. Wir bemühen uns seitdem um die Aufklärung der Hintergründe und Zusammenhänge der Verstrickungen von Berliner Sicherheitsbehörden in den NSU-Komplex. Bei der Aufklärung sind wir auf vieles gestoßen: Auf mehrere relevante Vertrauenspersonen (VP) beim Landeskriminalamt Berlin (LKA) – sprich V-Männer der Polizei – und auf geschredderte Akten beim Landesverfassungsschutz. Viele weitere Abgründe tun sich auf: Das Berliner LKA gab seinen rechtsextremen V-Männern türkische Namen, dem Bundestagsuntersuchungsausschuss wurde zunächst gar nicht, dann unvollständig geantwortet; Innensenator Henkel belügt das Parlament. Er verspricht vollständige Transparenz, statt jedoch Fragen der Opposition zu beantworten beschimpft er sie in den Sitzungen des Innenausschusses.

Mehrere V-Männer der Berliner Polizei im NSU-Umfeld
Zunächst wurde bekannt, dass das Berliner LKA über zehn Jahre, von November 2000 bis Januar 2011, Thomas S. als Vertrauensperson „VP 592“ geführt hatte. Thomas S. wird heute vom Generalbundesanwalt als „Beschuldigter“ genannt. Er hatte unmittelbaren Kontakt mit Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Ende der 1990er Jahre war er einige Monate mit Beate Zschäpe liiert und besorgte dem Trio Sprengstoff. Nach dem Untertauchen des rechtsextremen Trios suchten sie ihn auf und er vermittelt ihnen eine Wohnung. Thomas S. lieferte während seiner zehnjährigen Zeit als VP fünf Hinweise, die für den NSU-Komplex relevant sind und unter Umständen zu einem früheren Auffinden des Trios hätten führen können. Die Hinweise bezogen sich auf das enge Umfeld des NSU sowie auf das Trio selbst und hätten damals an die Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer weitergegeben werden müssen – was das LKA Berlin aber nicht tat.

Im November 2011 wurde Deutschland von der Aufdeckung des NSU-Skandals, der größten rechtsextremen Mordserie der Bundesrepublik Deutschland, erschüttert. – Das Trio „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) konnte zehn Jahre lang unentdeckt von den Sicherheitsbehörden Morde begehen und Anschläge verüben.

In der V-Mann Akte von Thomas S. sind auch Bezüge zu Carsten S. zu finden, der damals unter dem Decknamen „Piatto“ V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes war und ebenfalls auf der sogenannten 129er Liste des Generalbundesanwalts als „Unterstützer“ geführt wird, da er sich für das NSU-Trio nach Waffen umgesehen haben soll. Dieser „Piatto“ war wiederum der rechte Bombenbau-Kamerad eines weiteren V-Manns der Berliner Polizei. Bei dieser dritten Person handelt es sich um die „VP 598“ – Klarnamen Nick Greger.

Die NSU bestand aus mehr als drei Personen

Im Januar 2014 wurde bekannt, dass das Berliner LKA Nick Greger von 2001 bis 2003 als VP geführt hatte. Greger ist ein bundesweit bekannter militanter (Ex-) Neonazi. Er hatte gemeinsam mit dem NSU-Unterstützer „Piatto“ im Jahr 2000 eine Bombe gebaut, die sie für einen Anschlag auf politische Gegner einsetzen wollten – wofür Greger verhaftet und verurteilt wurde. Trotz dieser klaren Bezüge zum NSU-Umfeld sehen der Innensenator und die Berliner Polizei bis heute keine NSU-Relevanz in diesem Vorgang und wollen die Versäumnisse der Berliner Sicherheitsbehörden rund um den NSU-Skandal für beendet erklären. Für jeden, der es sehen möchte, ist mittlerweile klar erkennbar, dass es sich beim NSU um weit mehr, als nur um drei Leute gehandelt hat.

Grundlegende Reformen bei Sicherheitsbehörden nötig

Die Erfahrungen mit den V-Leuten der Berliner Polizei im NSU-Komplex zeigen, dass eine Reform des VP-Wesens dringend notwendig ist. Der erwähnte Nick Greger konnte als V-Mann von der Polizei angeworben werden, obwohl gegen ihn der Verdacht im Raum stand, eine terroristischer Vereinigungen gebildet zu haben (§ 129a, StGB). Diese fragwürdige Praxis ist auch heute noch nicht verboten. Das zeigt: Wir brauchen klare Begrenzungen und schärfere gesetzliche Regelungen für ein kontrolliertes Handeln des Staatsschutzes. Der polizeiliche Staatsschutz muss neu aufgestellt werden und sich auf Kernaufgaben konzentrieren.

Der NSU-Komplex macht aber vor allem eines deutlich: Das Kernproblem heißt institutioneller Rassismus. Wenn für Morde an MitbürgerInnen türkischer Herkunft als erstes auch TäterInnen türkischer Herkunft vermutet werden, dann ist das ein grundsätzliches Problem. Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags hat konkrete Empfehlungen für Reformen erarbeitet. Berlin steht in der Verantwortung, die für die Bundesländer relevanten Maßnahmen zu übernehmen und umzusetzen. Rechtsmotivierte Taten müssen besser geprüft und schneller erkannt werden. Wir haben das Ziel, eine Kultur der Diskurs- und Kritikfähigkeit in der Polizei zu entwickeln, um Reflektions- und Lernfähigkeit in der Behörde zu erhöhen.

Auch deshalb benötigen wir mehr interkulturelle Kompetenz innerhalb der Polizei und eine höhere Anzahl von Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund. Der Umgang mit Opfern und Angehörigen muss qualitativ verbessert werden. Insgesamt gilt es, neue Kontroll-, Evaluierungs- und Schulungsmechanismen zu schaffen. Das betrifft nicht nur die Polizei, sondern auch die Staatsanwaltschaft.

Der NSU-Komplex zeigt erschreckend deutlich, dass der Verfassungsschutz auf Landesebene keinen Beitrag in der Aufdeckung der größten rechtsextremen Mordserie der Bundesrepublik geleistet hat. Es stellt sich deshalb die berechnete Frage, ob wir den Landesverfassungsschutz in Berlin überhaupt noch benötigen oder Personal und finanzielle Mittel nicht effektiver eingesetzt werden können.

Und jetzt?

Über zwei Jahre nach dem Bekanntwerden der schrecklichen Taten des NSU-Trios sind die Ermittlungen noch lange nicht abgeschlossen. Eine schonungslose Aufklärung des Totalversagens der Sicherheitsbehörden ist dringend notwendig, um endlich Konsequenzen ziehen zu können und die Sicherheitsarchitektur zu reformieren. Diese Aufklärung sind wir nicht zuletzt den Opfern und deren Angehörigen schuldig.

Clara Herrmann, MdB,
Sprecherin für Strategien gegen
Rechtsextremismus

➔ **Der Verfassungsschutz Berlin**
www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz

Der Berliner Verfassungsschutz ist seit Dezember 2000 als Abteilung II in die Senatsverwaltung für Inneres integriert. Zurzeit sind ihm knapp 197 Planstellen zugewiesen.

Die Abteilung mit ihren Referaten

- Öffentlichkeitsarbeit/Gremien (ÖAG): Zuständig für die Öffentlichkeits- und Pressearbeit und Gremien.
- Grundsatzbereich (Referat II A): **Querschnittsaufgaben** wie Grundsatzarbeit, rechtliche Beratung, Verwaltung, Informationstechnik

- Auswertung Politischer Extremismus (Referat II B): Zuständig für **Rechtsextremismus** in Berlin. Zusätzlich: Mitwirkungsanlässen und Wirtschaftsschutz.
- Auswertung Ausländerextremismus (Referat II C): **islamistischer Terrorismus**, Islamismus und Ausländerextremismus

- Auswertung Politischer Extremismus (Referat II D): **Linksextremismus** und **Spionageabwehr** in Berlin.
- Beschaffung** (Referat II E): Zuständig für die Beschaffung von Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln

Direkte Demokratie 2014

In Berlin sind Volksabstimmungen seit 2006 zur Normalität geworden. Jüngstes Beispiel ist der 25. Mai 2014. Dann dürfen die BerlinerInnen nicht nur das Europäische Parlament wählen, sondern auch über die Zukunft des Tempelhofer Feldes abstimmen und – so sie in Charlottenburg-Wilmersdorf wohnen – auch über die Zukunft der Kleingartenkolonie Oeynhausen.

Erste Schritte für ein direktdemokratisches Europa – Stillstand im Bund
Ein wenig direkte Demokratie traut sich selbst das angeblich so demokratiedefizitäre Europa: Seit dem 1. April 2012 gibt es die Europäische Bürgerinitiative. Sie zielt auf eine Aufforderung an die Europäische Kommission, einen Rechtsakt vorzuschlagen, für den die EU zuständig ist. Eine Bürgerinitiative muss von mindestens einer Million EU-BürgerInnen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten unterstützt werden. In jedem dieser Mitgliedstaaten ist eine Mindestanzahl von UnterstützerInnen erforderlich (in Deutschland 74.250). Gelingt dies, haben die OrganisatorInnen die Möglichkeit, ihre Initiative bei einer öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament vorzustellen. Die Kommission prüft die Initiative und veröffentlicht eine formelle Antwort, in der sie die Gründe für ihre – möglicherweise auch negative – Entscheidung darlegt.

Das Grundgesetz beschränkt Volksentscheide dagegen noch immer auf die Neugliederung des Bundesgebiets. Trotz der vollmundigen Versprechungen der SPD im Wahlkampf nun auch „mehr direkte Demokratie wagen“ zu wollen, findet sich davon im Koalitionsvertrag nichts: Zu einer „lebendigen Demokratie“ fällt Union und SPD nicht mehr ein als ein paar neue Internetseiten, um den Souverän „frühzeitig“ und „interaktiv“ über die Entscheidungen (!) zu informieren. Direkte Demokratie sieht anders aus.

Eine Bestandsaufnahme

Doch zurück zu Berlin: Ziel der 2006 vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Änderungen der Landesverfassung war es insbesondere, die Volksgesetzgebung als Instrumente der direkten Demokratie deutlich zu erleichtern. Bereits 2005 wurden Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf Bezirksebene eingeführt. Anfang 2014 trafen sich an direkter Demokratie interessierte Menschen, darunter InitiatorInnen von Bürgerbegehren und Volksbegehren zu zwei Fachgesprächen im Berliner Abgeordnetenhaus um darüber zu sprechen, ob sich die mit der Reform verbundenen Erwartungen erfüllten und welcher Verbesserungsbedarf besteht.

Die Reform von 2006 und ihre Folgen
Durch die Absenkung der Hürden für die Volksgesetzgebung – konkret der Anzahl der notwendigen Unterstützungsunterschriften, der Quoren für Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid und der Verlängerung der Fristen – sollte mehr direkte Demokratie ermöglicht werden. Außerdem sollte es leichter werden, Volksentscheide an einem Wahltag oder mehrere Volksentscheide gleichzeitig durchzuführen, um damit eine höhere Beteiligung erreichen zu können. Durch eine Novelle wurde 2008 das Sammeln von Unterschriften auch auf der Straße erlaubt.

Durch die Reform ist es erfreulicher Weise zu einem deutlichen Anstieg direktdemokratischer Initiativen in Berlin gekommen. So wurden seit 2008 acht Volksbegehren (zweite Stufe) durchgeführt, von denen fünf erfolgreich waren. Von den vier durchgeführten Volksentscheiden (dritte Stufe) scheiterten zwei am erforderlichen Quorum, eines wurde mehrheitlich abgelehnt, allein der Volksentscheid über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben war erfolgreich.

Nicht verwirklicht hat sich die Absicht, Volksentscheide in Zukunft immer auf Wahltag zu legen und damit eine höhere Beteiligung zu erreichen. Die aktuelle Regelung, die dem Senat die Festsetzung des Termins ermöglicht und ihn damit trotz seiner Parteirolle zum Schiedsrichter macht, hat sich nicht bewährt – egal ob wie bei Pro Reli Rot-Rot oder wie beim Energievolksbegehren Rot-Schwarz regiert.



© 2013 Wikipedia/Lokiseinher

Doch bis es überhaupt zur Abstimmung kommt, sind zahlreiche Hürden zu nehmen: Dies beginnt bei der Wahl des Themas, die durch Art. 62 Abs. 2 VvB so eingeschränkt ist, dass z.B. ein Volksbegehren für einen kostenlosen ÖPNV wohl unzulässig wäre. Auch bei der Sammlung der Unterschriften gibt es in einigen Bezirken Probleme, die für diese „Sondernutzung öffentlichen Straßenlands“ Gebühren verlangen. Zu überlegen ist für die Zukunft die Kundgabe der Unterstützung auch im Netz, wie bei Massenpetitionen des Bundestages.

Sind die notwendigen Unterschriften beisammen, beginnt die Überprüfung ihrer Gültigkeit. Doch bei dieser Überprüfung gibt es Reformbedarf: So hat das Bezirksamt Neukölln beim Volksbegehren über die Zukunft des Tempelhofer Feldes die Formvorschriften dreist instrumentalisiert.

Sie unterstellen, ein Teil der Unterschriften sei ungültig, wenn nicht gar gefälscht. Für uns Grüne stellt sich da vor allem die Frage, ob und wie die InitiatorInnen das Ergebnis der Überprüfung ihrerseits außergerichtlich überprüfen können. Ein weiteres Problem betrifft die Sperrwirkung eines Bürger- oder Volksbegehrens: Ab wann also müssen zum Beispiel alle Planungen und Baumaßnahmen für ein Projekt gestoppt werden, das durch ein anstehendes Begehren verhindert werden soll? Auch war der Senat in den letzten Jahren erst nach dem Zustandekommen eines Volksbegehrens bereit, sich ernsthaft mit dem Thema zu befassen. Aber sollen die InitiatorInnen dann ihren Entwurf – anders als jetzt möglich – noch ändern können, um Kompromisse zu erleichtern?

Zu jeder Debatte um direkte Demokratie gehört die Frage des Quorums. Brauchen wir es überhaupt und wenn ja, in welcher Höhe? Berlin ersetzte Anfang 2010 das bis dahin gültige Beteiligungsquorum für Bürgerbegehren in den Bezirken von 15 % durch ein Zustimmungsquorum von 10 %. Eine Möglichkeit zu Herstellung von Waffengleichheit zwischen InitiatorInnen und Senat bzw. der Mehrheit im Abgeordnetenhaus könnten schließlich Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und eine teilweise Kostenerstattung sein. Schließlich machen sich die InitiatorInnen um die direkte Demokratie und das Gemeinwesen verdient.

Wie geht es weiter?

Wir werden die Ergebnisse zweier Fachgespräche weiter auswerten. Dabei freuen wir uns auch auf Anregungen und Vorschläge von Euch. Nach dem 25. Mai 2014 wollen wir die Vorschläge in eine parlamentarische Initiative münden lassen, um die Direkte Demokratie in Berlin weiter zu stärken.

*Dirk Behrendt, MdB,
Sprecher für Rechtspolitik
und Alexander Klose, Referent
im Abgeordnetenhaus*

Zahlen & Fakten

■ 599.588 BerlinerInnen haben am 3. 11. 2013 für die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung gestimmt

■ 185.328 gültige Zustimmungserklärungen wurden für das Volksbegehren über den Erhalt des Tempelhofer Feldes abgegeben

■ 666.235 BerlinerInnen haben am 13.2. 2011 für die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben gestimmt.

■ Von den 33 abgeschlossenen Bürgerbegehren in den Berliner Bezirken wurden vier für unzulässig erklärt, erreichten 14 das Unterschriftenquorum nicht, wurden fünf von der BVV übernommen und eines ist versandt.

■ Von den neun Bürgerentscheiden in den Berliner Bezirken scheiterten drei am Quorum, wurden zwei mehrheitlich abgelehnt und waren vier erfolgreich.

Spandau: Für eine S-Bahn-Verbindung bis nach Falkensee

Der Koalitionsvertrag hat es eigentlich festgeschrieben: Noch in der laufenden Legislaturperiode sollen alle rechtlichen und planerischen Grundlage für eine Verlängerung der S-Bahn-Strecke von Spandau nach Falkensee geschaffen werden, noch vor den nächsten Wahlen ist mit dem Bau zu beginnen.

Doch in der Praxis übt sich der Senat in Blockadehaltung. Von einem Fortschritt des Projektes ist nichts zu spüren. Im Rahmen einer Veranstaltung mit Peter Buchner (S-Bahn Berlin), Heiko Müller (Bürgermeister von Falkensee), Stefan Gelbhaar (verkehrspolitischer Sprecher von Bündnis 90/die Grünen im Abgeordnetenhaus) und anderen wollen die Spandauer Grünen die politische Diskussion daher nun erneut aufgreifen und die Forderung nach einer zügigen Realisierung des S-Bahn-Ausbaus unterstreichen. Ein von Berlin und Brandenburg gemeinsam beauftragtes Gutachten hat bereits im Jahr 2008 den verkehrsplanerischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gesamtnutzen des Projektes für den Westen Berlins bestätigt.

Die Veranstaltung findet statt am 15. Mai. 2014, 19.00 Uhr, in der Freien Georgschule, Seeckstr. 2, 13581 Spandau. Bus 137 und M 37 in Richtung Staaken

Flüchtlinge in Friedrichshain-Kreuzberg Praktische Lösungen statt Theorie-Diskussion



Von Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg haben wir uns seit mehreren Monaten von den politisch-theoretischen Diskussionen rund um die Flüchtlingsfrage verabschiedet. Die Zelte und Hütten am Oranienplatz, die Duldung von rund 200 Menschen in einem ehemaligen Schulgebäude – zwingen uns dazu, praktische Lösungen für die überwiegend aus Afrika und Südosteuropa zu uns gekommenen Menschen zu finden.

Dabei sind wir mit der unerträglichen Situation konfrontiert, dass es uns gesetzlich in keiner Form gestattet ist, Flüchtlingen, die über Lampedusa zu uns gekommen sind, praktische Hilfe in Form von Geld, Lebensmitteln oder Kleidung zukommen zu lassen. Das ist für uns als politisch Verantwortliche wie auch für die Flüchtlinge ein unerträglicher Zustand. Was die Menschen, die aus großer Armut und vor kriegerischen Auseinandersetzungen geflohen sind, brauchen, sind Wohnungen, keine Lager!

Viele Flüchtlinge kommen nicht zuletzt in unseren Bezirk, weil die Situation in den Lagern in anderen Bundesländern furchtbar ist. Wir Grüne müssen unseren Einfluss geltend machen, um wenigstens das Einhalten von Mindeststandards einzufordern. Hier gilt es, den Berliner Senat in die Pflicht zu nehmen und für die Rechte der Flüchtlinge zu kämpfen!

Dazu leistet sich Deutschland als einziges EU-Land die Residenzpflicht für Asylbewerber. Das verhindert, dass Familienangehörige und Freunde sich treffen können. Eine unsinnige Regelung, die vom Bund abgeschafft gehört. Das Flüchtlingsthema wird uns noch lange begleiten. Deshalb müssen wir uns stärker mit den damit verbundenen Fragen befassen, in der Partei wie auch im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

*Monika Herrmann,
Bezirksbürgermeisterin
Friedrichshain-Kreuzberg*

Bündnisgrüne ChristInnen für einen Pluralismus der Werte

Wie halten es die Grünen mit der Religion? Mit dieser Frage befasst sich beim Bundesvorstand unter Federführung des Berliner Vorstandsmitgliedes Bettina Jarasch die neu gegründete Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“. Für die dabei zu führende Diskussion erarbeitet die Landesarbeitsgemeinschaft Bündnisgrüner ChristInnen ein Grundsatzpapier: **Die gesellschaftliche Rolle von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im 21. Jahrhundert.**

Die Ausgangsthese der LAG: In einer Demokratie bedeutet Meinungsfindung Wettbewerb unterschiedlicher Positionen und Ansichten. Das Abwägen, Vergleichen und Bewerten von Standpunkten ist notwendige Voraussetzung jeder Wahlmöglichkeit zwischen ernsthaft durchdachten Alternativen. Und es sind vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen, z.B. Bürgerrechtsorganisationen, die Kirchen, Weltanschauungsgemeinschaften, die die gesellschaftlichen Debatten tragen. Die Parteien wirken an solchen Debatten mit, übersetzen sie in die Gesetze. Ein Wettbewerb der Meinungen kann überhaupt nur stattfinden, wenn viele zivilgesellschaftliche Gruppen daran teilnehmen. Es ist daher im ureigensten Interesse des demokratischen Staates, dass eine Vielfalt, also Pluralität, unter den meinungsbildenden Gruppen herrscht.

Aber welche Folgen ergeben sich daraus für das staatliche Handeln? Soll der Staat aktiv einen entsprechenden Freiheitsraum für das Entstehen, die Weiterentwicklung und die Chancengleichheit solcher Gruppen untereinander fördern? Oder soll der Staat solche gesellschaftliche Debattenprozesse und ihre Akteure ignorieren? Die LAG möchte diese Frage nach den politischen Konsequenzen in einem offenen Debattenprozess erörtern und lädt alle Interessierten dazu herzlich ein.

Alexander Barthel
**lag.christinnen@gruene-berlin.de,
Die LAG-Mailing-Liste kann per Mail abonniert werden.**

Die Grünen in Charlottenburg-Wilmersdorf haben einen neuen Kreisvorstand gewählt. Dessen Mitglieder machten sich bereits zuvor einen Namen über die Grenzen des Bezirks hinaus.

Heidi Degethoff ist als stellvertretende Vorsitzende der Abteilung Wissenschaft der GEW nicht nur Gewerkschafterin ein Begriff. Mit ihrer Frauenförderung an der TU Berlin setzte sie schließlich bundesweite Zeichen, will sich nun als grüne Bezirkspolitikerin besonders für die Stärkung des Wissenschaftsstandortes Campus Charlottenburg engagieren. Eine breite Öffentlichkeit lernte Ellis Huber, den früheren Stadtrat und Präsidenten der Berliner Ärztekammer, als Experten für soziale Medizin, Prävention und Gesundheitsförderung kennen.

Charlottenburg-Wilmersdorf mit neuem Vorstand

In seinem grünen Vorstandsamt wird sich Ellis Huber um eine innovative und beispielhafte bezirkliche Gesundheitspolitik kümmern. Im Berliner Abgeordnetenhaus ist Nicole Ludwig die bündnisgrüne Fraktionssprecherin für Wirtschaft, Haushalt und Tourismus. Ihre Schwerpunkte für den Bezirk: Stärkung der Vielfalt im Einzelhandel sowie Sicherung des Kongresstourismus. Roland Prejawa ist verkehrspolitischer Sprecher der BVV-Fraktion und setzt mit der zweiten Wiederwahl in den Vorstand seine bisherige Arbeit für einen fahrrad- und fußgängerfreundlichen Bezirk fort. Dazu verstärken Christine Rabe, die Gleichstellungsbeauftragte des Bezirkes, und Bernd Schwarze, Vorsitzender des Bezirks-Eltern-Ausschuss-Kita, den Bezirksvorstand.



Europa-Atlas

Herausgabe Heinrich-Böll-Stiftung mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, dem European Council of Foreign Relations und Le Monde Diplomatique. – Europa ist mehr als Schuldenkrise, Bürokratie und nationale Kleingeisterei. – Der Atlas eröffnet einen frischen

Blick auf die Europäische Union mit all ihren Widersprüchen und Errungenschaften, Er liefert Daten, Fakten und Zusammenhänge und zeigt ein Europa, für das es sich zu kämpfen lohnt. 52 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen
Erscheint am 9. Mai – Infos: www.boell.de

taz.lab am 12.4.2014 Aufbruch nach Europa!

- Lesungen, Debatten, Gespräche, Filme, Foren, Arenen
- eine Gala und sowie zwei gut gelaunte DJs, die aus der Nacht des taz.lab 2014 ein „Let's Dance Europa“ machen.

mehr taz.lab war noch nie!

- im Haus der Kulturen der Welt Berlin
- ab 9.00 Uhr über 70 Einzelveranstaltungen, 12 Stunden Programm bis open End
- mehr als 160 Gäste und 200 Referierende
- Infos unter: www.taz.de/lab

Notruf 112 Reform des Rettungsdienstes in Berlin

Vor rund einem Jahr hat der Bundestag ein Notfallsanitätergesetz beschlossen. Die Personen, die in Zukunft BerlinerInnen retten sollen, werden dann NotfallsanitäterInnen heißen. Ab dem 1. Januar 2015 wird die Ausbildung drei Jahre dauern und entsprechend den Pflege- und Heilberufen vergütet. Die Aufgaben zwischen NotfallärztInnen und -sanitäterInnen sollen neu geregelt werden.

Feuerwehr vor Herausforderungen
Die grüne Fraktion hat zu diesem öffentlich wenig diskutierten Thema ein Fachgespräch veranstaltet – mit überwältigender Resonanz. Die für die Notfallrettung zuständige Berliner Feuerwehr und die Hilfsdienste (Rotes Kreuz, Samariter, Malteser, Johanniter) stehen vor enormen Herausforderungen. Berlin wächst und die BerlinerInnen werden älter. 300 000 Rettungseinsätze werden in jetzt schon pro Jahr gefahren. Tendenz klar steigend. Einsätze mit NotärztInnen sind jetzt schon am Limit. Die Ausbildung von rund 600 NotfallsanitäterInnen bis zum Jahr 2020 könnte eine Chance sein, die Notfall-Hilfe zu verbessern und möglichst viele Menschenleben zu retten. Dazu müssen aber alle Beteiligte an einem Strang ziehen und der Berliner Senat die Umsetzung vorantreiben. Die Zeit drängt.



© EuropeDirect

Ab dem 1. Januar 2015 müssen die fünf Rettungsdienstschulen aufgebaut sein. Bislang ist unklar, wie die Finanzierung genau aussehen soll. Diese Verhandlungen dürfen Politik, Krankenkassen und Feuerwehr nicht auf die lange Bank schieben. Am Ende wird ohnehin die Gesellschaft für die Kosten aufkommen. Der Senat wird die Anschubfinanzierung leisten müssen und die weiteren Kosten werden über das Gebührenrecht und eine Beteiligung der Krankenkassen abgedeckt werden.

Notfallrettung verbessern
Wir Grüne wollen die Berliner Notfallrettung verbessern. Es muss mehr passieren, als dem Rettungsassistenten einen neuen Namen und eine neue Ausbildung zu geben. Neue Möglichkeiten birgt der Einsatz von Telemedizin in der Notfallrettung – in Aachen wird das bereits genutzt. So können einige, ursprünglich den NotärztInnen vorbehalten, Aufgaben künftig von NotfallsanitäterInnen übernommen werden. Dreh- und Angelpunkt ist hierfür ein Notarzt, der telefonisch auf die Erstretter vor Ort zugeschaltet wird und das sogenannte „therapiefreie Intervall“ zwischen Notruf und Eintreffzeit und während des Transports in die Rettungsstelle verkürzt.

Benedikt Lux, MDA
und Heiko Thomas, MDA

Ein Anfang ist gemacht Trinkwasserpreise in Berlin sinken

Die Wasserkosten setzen sich aus den Trink- und Abwasserpreisen zusammen. Dazu kommen die Kosten für die Reinigung vom Straßenschmutz, der bei jedem Regen in die Kanalisation gespült wird. Die aktuellen Ersparnisse bei den Wasserkosten betragen im Schnitt 13,50 Euro netto jährlich für alle WasserkundInnen.

Dies ist ein Riesenerfolg für die WasseraktivistInnen, die für die Wasserkosten-senkung jahrelang gekämpft haben. Dass die Summe der Ersparnisse klein ist, liegt auch daran, dass für Trinkwasser circa ein Drittel der Gesamtwasserkosten anfallen. Aber der erste Schritt ist gemacht, die missbräuchlich überhöhten Berliner Wasserpreise zu senken. Die Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe war seit Anbeginn umstritten und die GegnerInnen dieses Projektes haben stetig steigende Wasserpreise befürchtet. Sie stiegen zwischen 2003 und 2013 um gut 30 Prozent. Das rief das Bundeskartellamt auf den Plan, das in einer umfangreichen Analyse nachwies, dass die Trinkwasserpreise in Berlin, gegenüber München, Köln und Hamburg missbräuchlich zu hoch sind.

Da das Bundeskartellamt nach dem Gesetz aber nur Preise und keine Gebühren, überprüfen darf, wollten die Wasserbetriebe durchsetzen, dass das Bundeskartellamt für nicht zuständig erklärt wird. Dies wurde über diverse Gerichte versucht. Am Ende stand das Oberlandesgericht in Düsseldorf mit seiner Entscheidung vom 24. Februar 2014 verkündet: Die Preissenkung, die das Bundeskartellamt erlassen hat, ist gültig. Jeder Berliner und jede Berlinerin bekommt für mindestens vier Jahre, also von 2012-2015, Geld zurück. Die Große Koalition in Berlin hat angekündigt, diese Kürzungen in Zukunft beibehalten zu wollen. Das ist auch nur gerecht, denn bis September 2013 hat diese Klage schon 4,4 Millionen Euro gekostet. Die Endabrechnung der Prozesskosten liegt aktuell noch nicht vor. Aber dass sie hoch sein wird, dafür garantiert die Kanzlei Fresfields und Partner, die die BWB vertreten hat. Ein großer Trost wäre es für Berlin, würde das Kartellamt noch die Abwasserpreise vergleichend analysieren. Da wären sicherlich noch mehr Ersparnisse drin, die in jedem Geldbeutel willkommen sind.

Heidi Kosche, MDA,
Vertrauensperson
Berliner Wassertisch

Hatun-Sürücü-Preis Zum zweiten Mal verliehen

Am 13. Februar 2014 verliehen die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Abgeordnetenhaus und der Berliner Landesverband zum zweiten Mal den Hatun-Sürücü-Preis. Über hundert Menschen nahmen an der festlichen Preisverleihung teil und gedachten dieser mutigen jungen Frau. Hatun Sürücü wurde vor neun Jahren Opfer eines sogenannten Ehrenmordes, weil sie ein selbstbestimmtes Leben führen wollte. Doch Hatun ist nicht nur das Opfer einer Gewalttat: Sie war eine starke Frau, die sich aus einer Zwangsehe befreite, als Alleinerziehende die Verantwortung für ihren Sohn übernahm und selbstbewusst einen „Männerberuf“ ergriff. Ihren Mut wollen wir mit der Verleihung des Hatun-Sürücü-Preises ehren.

Drei Preise vergeben
Den dritten Preis vergab die Jury an den Treff- und Informationsort (TIO) e.V. TIO will durch Beratungs- und Bildungsarbeit die gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund in den Bereichen Arbeit, Familie und Politik zu fördern. Das Preisgeld in Höhe von 150 Euro wurde von Prof. Monika Huesmann von der Hochschule für Wirtschaft und Recht gestiftet. Der mit 300 Euro dotierte zweite Preis ging an das Projekt HEROES. Das Präventionsprojekt arbeitet mit Jugendlichen, um Ehrverbrechen und Geschlechterungerechtigkeit zu bekämpfen. Das Projekt richtet sich primär an Jungen. Es möchte sie dazu zu gewinnen, ihre Privilegien in einer streng patriarchalen Gesellschaft zu nutzen, um sich für mehr Selbstbestimmung für ihre Schwestern, ihre zukünftigen-



© Jara Taube

PartnerInnen und Töchter und für sich selbst einzusetzen. Der Stifter des Preises, Turgut Altug, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sprecher für Natur- und Verbraucherschutz, überreichte den Preis. Der erste Preis wurde der Krisenwohnung des Mädchennotdienstes von Wildwasser e. V. verliehen. Das Projekt bietet ein niedrigschwelliges Angebot für Mädchen und junge Frauen in Krisensituationen. Hier treffen Mädchen mit Migrationshintergrund auf Mädchen aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft in ähnlichen Lebensumständen. Jurymitglied Karoline Killat, Mitglied im Vorstand des Grünen Landesverbands und frauen- und geschlechterpolitische Sprecherin, hielt die Laudatio und überreichte den Preis. Renate Künast gratulierte in einer Videobotschaft.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei den StifterInnen, die diesen Preis ermöglichen haben und besonders bei allen Berliner Projekten, die sich für weibliche Selbstbestimmung einsetzen. Auch nächstes Jahr möchten wir mit dem Hatun-Sürücü-Preis wieder ihr Engagement ehren, denn ihre Arbeit ist für Mädchen und junge Frauen in unserer Stadt unersetzlich.

Anja Kofbinger, MDA,
stellvertretende
Fraktionsvorsitzende

Ausschussbesetzung Bündnis 90/Die Grünen

- **Bauen, Wohnen und Verkehr**
Andreas Otto, Katrin Schmidberger, Stefan Gelbhaar, Harald Moritz
- **Stadtentwicklung und Umweltschutz**
Antje Kapek, Silke Gebel, Michael Schäfer, Dr. Turgut Altug

- **Bildung, Jugend, Familie**
Dr. Turgut Altug, Marianne Burkert-Eulitz, Stefanie Remlinger, Thomas Birke
- **EuroBund, Medien**
Anja Schillhaneck, Silke Gebel, Stefan Gelbhaar, Andreas Otto

- **Gesundheit und Soziales**
Jasenka Villbrandt, Martin Beck, Heiko Thomas, Benedikt Lux
- **Inneres, Sicherheit, Ordnung**
Benedikt Lux, Thomas Birk, Dirk Behrendt, Canan Bayram

- **Integration, Arbeit, berufliche Bildung und Frauen**
Susanna Kahlefeld, Sabine Bangert, Canan Bayram, Anja Kofbinger
- **Kultur**
Sabine Bangert, Susanna Kahlefeld

Weiter Chaos am Flughafen BER

Kein Ende in Sicht



© Wikipedia/Muns

Vor knapp zwei Jahren platzte die geplante Eröffnung des Flughafens Willy-Brandt in Schönefeld. Aus dem größten Infrastrukturprojekt im Osten Deutschlands ist inzwischen die „peinlichste Baustelle Deutschlands“ geworden. Schwer angeschlagen ist der Regierende Bürgermeister durch dieses andauernde Debakel. Das Misstrauensvotum im Abgeordnetenhaus hat er dank SPD und CDU überstanden, die aus Mangel an Nachfolgern Wowereit weiter stützen. Doch der Vertrauensverlust ist immens. Nichtsdestotrotz macht er nach der peinlichen Rochade mit Matthias Platzeck an der Spitze des Aufsichtsrats einfach weiter - zum Schaden des gesamten Projekts.

Mehdorns Bilanz ist verheerend

Seit einem Jahr ist Hartmut Mehdorn Geschäftsführer der Flughafengesellschaft, seine bisherige Bilanz ist verheerend. Bis heute kann er weder sagen, wann der BER in Betrieb geht, noch wie teuer dieser zum Schluss werden wird. 35 Millionen Stillstandskosten jeden Monat – das ist Geld, das an anderer Stelle in der Stadt fehlt.

Polemisch gesagt: Am BER wird monatlich ein Limburger Bischofssitz verprasst. Statt solide Planungen vorzulegen, werden ständig neue Nebelkerzen wie der geplante Testbetrieb geworfen. Auch das ständige Tricksen beim Lärmschutz trägt nicht zur Akzeptanz des Flughafens in der Region bei. Es verfestigt sich der Eindruck, dass die Geschäftsführung das Chaos am BER nicht mehr in den Griff bekommt und keinerlei Strategie zur Lösung der massiven Probleme hat. Es rächt sich, dass der Aufsichtsrat nicht mit Experten aus Wirtschaft und Baubranche besetzt wurde. Stattdessen sitzt der Aufsichtsrat unter Klaus Wowereit wie eh und je alle Probleme aus. Der BER-Bau droht außer Kontrolle zu geraten, die Inbetriebnahme steht in den Sternen.

Die nächste Rechnung kommt

Es gibt nur eine Sicherheit am BER: Die nächste horrende Rechnung kommt bestimmt. Rund zwei Milliarden Euro sollte der Bau ursprünglich kosten. Die Kostensteigerung auf knapp fünf Milliarden wird von der Flughafengesellschaft inzwischen nicht mehr dementiert – und das ist sicherlich noch lange nicht das Ende. Zumal sich inzwischen die Frage stellt, ob der BER nicht auch rote Zahlen schreiben wird, wenn er jemals in Betrieb gehen sollte. Allein der Schuldendienst, der finanziert werden muss, wie auch die laufenden Verluste im Betrieb, könnten den BER dauerhaft zum Millionengrab für die öffentliche Hand machen.

Ramona Pop, MDA,
Fraktionsvorsitzende

Eine Stadt wächst

Kitaplätze in Berlin: Mangelware?

Eigentlich sollte der gestiegene und noch immer steigende Bedarf an Kitaplätzen in der Stadt nicht überraschen. Berlin ist eine attraktive Stadt für Familien. Verstärkter Zuzug und steigende Geburtenzahlen belegen dies. Die Zahl der bis Sechsjährigen erhöhte sich in den vergangenen acht Jahren um 30 000 Kinder.

Falschen Prognosen vertraut

Das Land Berlin aber hat zu lange auf die offizielle Bevölkerungsprognose und angeblich stagnierende Kinderzahlen vertraut, statt auf die Bezirke zu hören, die immer wieder auf die kommenden Probleme und Veränderungen hingewiesen haben. Nun sind die Kraft sowie die finanziellen Mittel, die nötig sind, um den Bedarf an Kitaplätzen zu decken, enorm. Und dennoch hat die Rot-Schwarze Koalition die finanziellen Mittel für den Kitaplatzausbau im Etat 2014/15 nahezu halbiert.

Rein rechnerisch ergab sich in Berlin Ende 2013 ein Puffer von 5 000 freien Plätzen, da „nur“ 136 692 Kinder derzeit in eine Kita gehen und insgesamt 142 000 Plätze zur Verfügung stehen. Diese sind aber über die gesamte Stadt verteilt und zwingen die Eltern zum Teil zu langen Anfahrtswegen. Rechtlich ist eine Stunde Fahrtzeit zumutbar. Aber was bedeutet das für die Familien und ihre Kinder, täglich diese Fahrtzeit aufzubringen? Kleine Füße brauchen eigentlich kurze Wege. In sozial belasteten Gebieten fehlen viele Kitaplätze. Ein früher Kitabesuch ist aber besonders wichtig, damit diese Kinder gute Bildungschancen haben.



Wir Grüne haben beantragt, dass im Haushalt 2014/15 die gleichen Mittel für den Kitaplatzausbau zur Verfügung gestellt werden wie 2012/13. Dies wurde von Rot-Schwarz abgelehnt.

Mangel wird verwaltet

Da der Senat hat ein neues Instrument entwickelt, um den Mangel besser zu verwalten – das Kitaverzeichnis Berlin. Auf die Frage, wie aktuell dieses Verzeichnis denn sei, teilte der Rot-Schwarze Senat mit, dass bis Mitte Februar 2014 erst 30 von den insgesamt 2 050 Einrichtungen in Berlin ihre freien Plätze gemeldet hätten. Für das Melden von freien Plätzen gibt es keine Frist und es ist freiwillig. Es ist also mehr als fraglich, ob es die gewünschte Erleichterung und Übersichtlichkeit schafft, die Eltern und Kitaleitungen dringend benötigen. Es bleibt zu befürchten, dass die Kitawarteliste eher Verwirrung stiftet als weiterzuhelfen. Die Herausforderungen der nahen Zukunft sind Erhalt und Ausbau der Qualität unserer Kitas durch die Sicherung des Fachkräfteschlüssels. Denn schon bald fehlen bis zu 1 000 ErzieherInnen in unseren Kitas.

Marianne Burkert-Eulitz, MDA
Sprecherin Familie, Jugend und Kinder

A100 ungeschminkt



© Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt/Arbeitsgemeinschaft SRB-Stadtring Berlin

Nicht ganz ein Jahr ist es her, da wurde der Spatenstich zum Bau des 16. Bauabschnitts der A100 gezelebriert. Nun laufen die Arbeiten richtig an. Im Februar wurde dafür noch die letzte Widerstandsbastion auf der Autobahntrasse zwischen Grenzallee und Sonnenallee geschliffen. Heute kommt natürlich nicht mehr der Ritter mit Lanze und Knappen, um den störenden Bauern zu vertreiben. Nein, der „Vorhabenträger“ kam mit Unterstützung der „Enteignungsbehörde“ (in beiden Fällen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz). Die AktivistInnen von Robin Wood wurden von einem massiven Polizeiaufgebot von den Bäumen geholt, die noch auf dem letzten privaten Grundstück standen.

Entschädigung reicht nicht für Neubau

Der Eigentümer der Halle hatte sich durch alle Instanzen gegen diese zeitweilige Grundstücksenteignung gewehrt, leider erfolglos. Die Halle wird abgerissen, obwohl sie gar nicht auf der Autobahntrasse liegt. Man braucht die Fläche angeblich, um Baumaterial zu lagern. Wenn die Autobahn fertig ist, bekommt der Eigentümer das Grundstück zurück, nur ohne Lagerhalle.

Selbstverständlich wird er entschädigt, wir leben doch in einem Rechtsstaat. Kleiner Schönheitsfehler: Die Entschädigung wird für eine neue Lagerhalle nicht reichen. Auch an anderer Stelle war die Senatsverwaltung aktiv. Den MieterInnen der Beermannstraße 20 und 22 wurde gleich am ersten Arbeitstag dieses Jahres gekündigt. Obwohl an der A100-Verlängerung noch gut acht Jahre lang gebaut werden soll, will die Senatsverwaltung mit dem Rauschmiss den Abriss von knapp hundert Wohnungen vorbereiten.

Jetzt sind die Wohnungen dran

Erst die Kleingärten platt gemacht, dann die Bäume gefällt, nun sind die Menschen dran. Zwar verspricht die Senatsverwaltung beim Umzug behilflich zu sein, aber die MieterInnen verlieren ihr soziales Umfeld und werden in ihrem Kiez keinen adäquaten Ersatz finden. Denn der Alt-Treptow ist eine begehrte Wohngegend, es gibt kaum freie Wohnungen und die Mieten sind auch hier enorm gestiegen. Anstatt dieses Betonmonster zu stoppen, plant der rot-schwarze Senat schon an der Verlängerung von Treptow zu Frankfurter Allee und Storkower Straße und hat dieses Projekt für den nächsten Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Sonst klagt die Senatsverwaltung über fehlendes Fachpersonal um die marode Verkehrsinfrastruktur inklusive Brücken sanieren zu können, für die Autobahnplanung stellt sie aber Personal und Geld zur Verfügung.

Harald Moritz, MDA,
verkehrspolitischer Sprecher

Ausschussbesetzung Bündnis 90/Die Grünen

- **Petition** Anja Kofbinger, Harald Moritz
- **Sport** Martin Beck, Anja Schillhaneck, Claudia Hämmerling

- **Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung** Benedikt Lux, Canan Bayram, Dirk Behrendt, Dr. Turgut Altug

- **Verfassungsschutz** Benedikt Lux, Clara Herrmann
- **Wirtschaft, Forschung und Technologie** Bola Olalowo, Michael Schäfer, Nicole Ludwig, Heidi Kosche

- **Wissenschaft** Anja Schillhaneck, Bola Olalowo, Jasenka Villbrandt
- **Hauptausschuss** Clara Hermann, Stefanie Remlinger, Nicole Ludwig, Heiko Thomas, Jochen Esser

Mitmachen thematisch – Landesarbeitsgemeinschaften

Bildung

14-tägig, Mittwoch 19.30 Uhr im *Abgeordnetenhaus (AH) Stefanie Remlinger, 23 25-24 73 stefanie.remlinger@gruene-fraktion.de Torsten.Wischniewski@gruene-pankow.de

Bio und Gentechnik

2. Montag 19.30 Uhr, im Grünen Igel-Büro, Dresdner Str. 10, 10999 Berlin Joachim Eul, Tel. 6 23 41 45 joachim.eul@snafu.de Marion Schmidt, noiram7@freenet.de

Bündnisgrüne ChristInnen

3. Donnerstag 19.15 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Pankow, Pappelallee 82 oder im *AH Alexander Barthel, lag.christinnen@gruene-berlin.de

Demokratische Rechte

14-tägig, Montag 19.30 Uhr im *AH Axel Bussmer demrecht@gruene-berlin.de

Drogenpolitik

2. Dienstag 20 Uhr, Grünes Igel-Büro, Dresdener Str. 10, 10999 Kreuzberg, Thomas Faulenbach LagDrogenBerlin@aol.de

Energie Brandenburg Berlin

4. Mittwoch 18.30 Uhr, Ort bitte erfragen Marion Hasper, marion.hasper@umtech.com 0162/9 05 45 00

Europa

14-tägig Montag 19 Uhr im*AH Angela Schultz-Zehden, Christian Beck lag-europa@gruene-berlin.de

Frauen- & Geschlechterpolitik

3. Mittwoch 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle Christoph R. Alms christoph.alm@gruene-berlin.de

Frieden & Internationales

14-tägig Montags, 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle Julija Uzinova, Martin Wilk, martin.wilk@me.com

Gesundheit & Soziales

Termine bitte erfragen! 19.00-21.00 Uhr im *AH wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de

GewerkschaftsGrün Berlin Brandenburg

2. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, 12043 Berlin, Berthelsdorfer Straße 9, www.gewerkschaftsgruen-berlin.de

Grüne Jugend Berlin

Montag ab 19 Uhr, in der Dirschauer Str. 13 Friedrichshain, Kati Bachnik, 0176/32 53 04 17 Vito Dabisch, 01577/5 36 26 22 info@gruene-jugend-berlin.de www.gj-berlin.de, twitter.com/gjberlin

Kultur

3. Mittwoch und unregelmäßig „Kultur on Tour“, Notker Schweikhardt, 0172/3 81 80 07 notker.schweikhardt@gruene-berlin.de Antonia Simon, 0171/4 64 50 11 antoniasimon@gmx.de

Medien

4. Mittwoch um 19.30 Uhr im *AH Matthias Tang 0171/7 03 54 92 matthias.tang@gruene-berlin.de

Migration

letzter Mittwoch im *AH, Alexander Klose alexander.klose@fu-berlin.de

Mobilität

1. Mittwoch (Ort/Termin bitte erfragen) Martin Kasztantowicz, Theresa Theune lag-mobilitaet@gruene-berlin.de

Netzpolitik

1. oder 2. Donnerstag, Ort/Termin siehe Website Tobias Schwarz, Sandra Mamitzsch netzpolitik@gruene-berlin.de

QueerGrün

letzter Mittwoch, 19 Uhr, Kiezbüro, Fritz-Reuter-Str. 1, Maria Meisterernst, Ulli Reichardt queer@gruene-berlin.de

Umwelt

Monatlich Montag um 19 Uhr (Ort/Termin bitte erfragen) Wiebke Lemmert, 030-83 10 63 63 umwelt@gruene-berlin.de

Wirtschaft & Finanzen

14-tägig Donnerstag 19 Uhr, in der Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1, Wolfgang Remmers, lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

Wissenschaft

1. Mittwoch 18.30 Uhr im *AH Eva Marie Plonske, Michael Greiner Evamarie.Plonske@gruene-fraktion-berlin.de Michael.Greiner@gruene-berlin.de

AG Aktiv gegen Rechts

3. Mittwoch 19.30 Uhr (Ort bitte erfragen) Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de daniel.gollasch@gruene-berlin.de

AK Grundsicherung/Grundeinkommen

3. Mittwoch 19 Uhr, im *AH Joachim Behncke ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

AG Mensch und Tier

alle 2 Monate letzten Mittwoch, 19 Uhr im *AH Christina Söhner, Christina.Soehner@gmx.de

AG Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

letzter Freitag 18 Uhr im *AH Johannes Wätzmann, ag-bauen@gruene-berlin.de

AG Verbraucherschutz

1. Mittwoch 19 Uhr im *AH Tilo Fuchs, Tilo.fuchs@gruene-berlin.de Turgut Altug, 0163/1 58 26 77 Turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

Mitmachen vor Ort – Kreisverbände

Charlottenburg-Wilmersdorf

Wilmersdorfer Straße 60/61, 10627 Berlin Tel.: 86 42 33 00 - Fax: 31 80 81 28 E-Mail: kv@gruene-cw.de www.gruene-cw.de

Friedrichshain Kreuzberg

Dresdener Str. 10, 10999 Berlin Tel.: 6 14 31 46 - Fax: 6 14 31 42 E-Mail: info@frieke.de www.frieke.de oder www.gruene-xhain.de

Lichtenberg

Rudolf-Reusch-Straße 16, 10367 Berlin Tel.: 32 53 42 39 - Fax: 40 03 68 20 E-Mail: buero@gruene-lichtenberg.de www.gruene-lichtenberg.de

Marzahn-Hellersdorf

Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin Tel.: 5 41 40 19 - Fax: 70 24 88 95 E-Mail: info@gruenemarzahnellersdorf.de www.gruenemarzahnellersdorf.de

Mitte

Malplaquetstraße 7, 13347 Berlin Tel.: 54 46 82 99 E-Mail: mitte@gruene-berlin.de www.gruene-mitte.de

Neukölln

Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin Tel.: 67 12 08 12 - Fax: 67 12 08 11 E-Mail: info@gruene-neukoelln.de www.gruene-neukoelln.de

Pankow

Pappelallee 82, 10437 Berlin Tel.: 50 18 03 39 - Fax: 50 18 03 41 E-Mail: buero@gruene-pankow.de www.gruene-pankow.de

Reinickendorf

Brunowstraße 49, 13507 Berlin Tel.: 80 92 68 99 - Fax: 9 02 94 21 91 E-Mail: kreisverband@gruene-reinickendorf.de www.gruene-reinickendorf.de

Spandau

Jagowstr.15, 13585 Berlin Tel.: 3 35 97 14 - Fax: 3 36 02 73 E-Mail: alsandau@freenet.de www.alsandau.de

Steglitz-Zehlendorf

Schildhornstr. 91, 12163 Berlin Tel.: 85 07 41 53 - Fax: 85 07 41 54 E-Mail: kreisverband@gruene-suedwest.de www.gruene-suedwest.de

Tempelhof-Schöneberg

Fritz-Reuter-Str. 1, 10827 Berlin Tel.: 53 60 41 46 E-Mail: kiezbüro@gruene-ts.de www.gruene-ts.de

Treptow-Köpenick

Schnellerstr. 23, 12439 Berlin Tel.: 65 49 42 30 E-Mail: treptow-koepenick@gruene-berlin.de www.gruene-treptow-koepenick.de

Grüne Jugend Berlin

Madeleine Richter, Tel. 0176/70 57 31 87 Vito Dabisch, Tel. 0157/75 36 26 22 E-Mail: vorstand@gruene-jugend-berlin.de www.gruene-jugend-berlin.de

einige Abkürzungen, nicht schön, aber nützlich
AG Arbeitsgemeinschaft
BAG Bundesarbeitsgemeinschaft
BDK Bundesdelegiertenkonferenz = Bundesparteitag
BFR Bundesfinanzrat = Gremium der Landesschatzmeister
BGS Bundesgeschäftsstelle (Sitz in Berlin)
BI Bürgerinitiative
BTW Bundestagswahl alle vier Jahre
BuVo Bundesvorstand
FR Finanzrat
GJ Grüne Jugend
HBS Heinrich-Böll-Stiftung
KGS Kreisgeschäftsstelle
KV Kreisverband
LAG Landesarbeitsgemeinschaft
LaVo Landesvorstand
LDK Landesdelegiertenkonferenz = Landesparteitag
LFR Landesfinanzrat = Gremium der Kreisschatzmeister
LGS Landesgeschäftsstelle
LA Landesausschuss = kleiner Parteitag auf Landesebene
LR Länderrat = kleiner Parteitag auf Bundesebene
LV Landesverband
MdB Mitglied des Bundestages
MdE Mitglied des Europaparlaments
MdL Mitglied des Landtags (Flächenland)
MdA Mitglied des Abgeordnetenhauses
MV Mitgliederversammlung
OV Ortsverband



Illustration Nicola Schaller

➔ www.gruene-berlin.de

Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin Tel.: 6 15 00 50 - Fax: 61 50 05 99 E-Mail: info@gruene-berlin.de Mo-Do von 10-13 und 14-18 Uhr Fr von 10-14 Uhr

* AH = Abgeordnetenhaus von Berlin

Anfahrt: Niederkirchner Str. 5, 10111 Berlin 5 Minuten vom S-Bhf Anhalter Bahnhof und vom Regional-, S- und U-Bahnhof Potsdamer Platz

Termine

■ 9. April **Landesausschuss (LA)** 19.30 Uhr, Bundesgeschäftsstelle

■ 10. Mai **Demo: Energiewende** nicht kentern lassen! mit „Wasserdemo auf der Spree“ sein.

■ 10. Mai **Mauerstreifzüge I**, 14.00 Uhr, Potsdamer Platz (hist. Ampel) - S-Bhf Adlershof

■ 16. Mai **Eröffnung Umweltbüro**, 17.00 Uhr Hessische Straße 10, 10115 Berlin

■ 23.-25.5. „**72-Stunden-Wahlkampf**“ Wahlfinale am 25.5.

■ 24. Mai **Mauerstreifzüge II**, 14.00 Uhr, S-Bhf Adlershof - S-Bhf Lichterfelde Süd

■ 7. Juni **Mauerstreifzüge III**, 14.00 Uhr, S-Bhf Lichterfelde Süd - Hauptbahnhof Potsdam

■ 11. Juni **Landesausschuss (LA)**, 19.30 Uhr, Bundesgeschäftsstelle